

Zeitschrift: Das Konzept : die Monatszeitung
Herausgeber: Verband der Schweizerischen Studentenschaften VSS
Band: 2 (1973)
Heft: 4

Heft

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 09.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Konzept

Auflage 35 500 Preis Fr. 1.-

Redaktion: Pierre Freimüller, Rolf Nef, Thomas Rüti, Beat Schweighuber (Red. «Zürcher student») – in Zusammenarbeit mit dem Verband der Schweizerischen Studentenschaften (VSS)

Redaktions- und Verlagsadresse: Rämistrasse 66, CH-8001 Zürich, Telefon (01) 47 75 30

Abonnemente: Jahresabonnement Inland Fr. 9.-, Ausland Fr. 11.- Bestellungen beim Verlag

Inserate: Mosse-Annoncen AG, Limmatquai 94, 8023 Zürich, Tel. (01) 47 34 00, Telex 55 235

Guinea-Bissau: «Liga Africana» gegen Kolonialisten-Evangelium Seite 3

Vom Kolonialismus zum Toryismus: Eine Tasse Tee mit Portugal Seite 4

Stipendien scharf beobachtet: Wie barmherzig sind die Kantone? Seite 5

Die «Hydra» der Bosse: Zweigbetriebe in Gebieten mit vielen Hilfsarbeiterinnen Seite 7

Schweiz-Dritte Welt: Statt Entwicklungshilfe jetzt Entwicklungszusammenarbeit; Zusammenarbeit unter den Entwickelten? Seite 9

Rettet die AZ Seite 11

«Maturandenproletariat» in Sicht?

1598 Maturanden haben sich bis Ende Juli dieses Jahres im Rahmen der Voranmeldeaktion für das Medizinstudium angemeldet (Beginn Herbst 1973). Dabei sind 1415 Plätze für Anfänger vorhanden – also ca. 180 zuwenig. Da man damit rechnet, dass – wie bei früheren Voranmeldeaktionen – mindestens 10 Prozent der für das Medizinstudium angemeldeten Maturanden im Herbst 1973 das Studium der Medizin nicht aufnehmen werden (Änderung des Studienwunschs etc.), wird man um die Einführung expliziter Zulassungssbeschränkungen gerade noch herumkommen – wenn auch einige deutsch-schweizerische Maturanden ihr Studium «zwangsweise» in Freiburg oder Neuenburg, wo im Bereich der Medizin noch unausgenützte Kapazitäten vorhanden sind, beginnen müssen. Wie die Berechnungen zeigen, wird es aufgrund der heute abzuschätzenden Kapazitäten auf der Stufe der klinischen Semester – auch möglich sein, dass alle Maturanden, die im Herbst 1973 das Studium der Medizin beginnen, dieses auch an irgendeiner schweizerischen Hochschule (wenn auch nicht an ihrer bevorzugten Universität) werden beenden können. Es stellt sich in diesem Zusammenhang die Frage: Wie lange noch?

schulstudium aufzuheben resp. durch die Einführung weiterer Kriterien (Notendurchschnitte, Aufnahmeprüfung etc.) zu ergänzen. Das Ziel also ist – in einer Situation der Studienplatzknappheit – aus der Menge der Studienplatzbewerber diejenigen auszuwählen, die für das betreffende Fach am geeignetsten sind. Ob – allerdings das ganze relevante Fähigkeitsspektrum (ganz abgesehen vom Fähigkeitspotential) des Bewerbers objektiv und gerecht ermittelt werden kann, ist mehr als fraglich (konzept) wird sich in einer der nächsten Nummern mit diesem Problem beschäftigen). Ohne Zweifel besteht jedoch die Gefahr, dass derartige Selektionsmethoden nur den Zweck haben, einen – objektiv gesehen – willkürlichen Entscheid nach aussen seiner Willkürlichkeit zu entkleiden, d.h. also zu legitimieren. Viele plädieren deshalb für das Losverfahren, das zwar die Willkürlichkeit zum Prinzip erhebt, damit aber explizit darauf verzichtet, die Willkürlichkeit, die auch in den anderen Selektionsverfahren enthalten ist, «objektivistisch» zu legitimieren.

Der Präsident des Schweizerischen Wissenschaftsrates erklärte kürzlich in einem Gespräch mit «konzept»: «Das Losverfahren ist das einfachste Verfahren. Dennoch möchte ich es entschieden ablehnen. Es käme einer Bankrott-erklärung unserer Bildungspolitik gleich.» Der Tatbestand, dass Bankrotts ist u. E. auch erfüllt, wenn andere zusätzliche Selektionsverfahren angewendet werden (wobei sich diese Situation durch den entschuldigenden Hinweis auf die «Normalität» von Zulassungsbeschränkungen in anderen westeuropäischen Staaten in keiner Hinsicht in einem anderen Licht präsentiert.

Die Zahl der Studienplätze an den «klassischen» Hochschulen wird nicht im notwendigen Ausmass erhöht. Die Reform der Hochschulstudiengänge verläuft schleppend. Das tertiäre Bildungswesen ist nur wenig differenziert: Anstrengungen zur Schaffung neuer tertiärer Bildungsmöglichkeiten und deren Integration mit den bereits bestehenden in ein Gesamthochschulverbandsystem werden keine unternehmen. Gerade das zuletzt genannte ist aber wohl – neben der Schaffung berufsorientierter Mittelschulen oder des nicht zur Diskussion stehenden Stopps der Expansion der Mittelschulbildung – die einzige Möglichkeit, nicht nur die Entstehung eines «Maturandenproletariats», das als Berufungsgegenstand betriebsinterner Ausbildungsgänge für berufsbezogene Funktionen «missbraucht» werden kann, zu verhindern, sondern auch die gesellschaftlich notwendige, verbesserte (öffentliche) berufliche Qualifizierung immer grösserer Teile der jugendlichen Bevölkerung sicherzustellen.

Rolf Nef

Die Schweiz nach dem Zuzugsstopp für Gastarbeiter:

Wird eine fortschrittliche Entwicklung verhindert?

Im Juni 1973 versuchte der Bundesrat, die letzte offene Kategorie der Fremdarbeiter, die Saisonniers, zu stabilisieren. Der Entscheid zielt taktisch gesehen gegen die neue Ueberfremdungsinitiative, er erschwert in menschlicher Sicht das Los der Saisonniers und Grenz-

gänger und beeinträchtigt in betriebswirtschaftlicher Optik die Industrie und das Gastgewerbe. In grundsätzlicher Sicht aber stellt er die Frage, wie sich die hochindustrialisierte Schweiz bei nunmehr gegebenem Bevölkerungsrahmen weiterentwickeln wird.

Nachdem die Schweizer wegen ihres Geburtenüberschusses auf kargem Boden während Jahrhunderten als Söldner die berichtigtesten Fremdarbeiter Europas gewesen waren, kehrte sich im letzten Jahrhundert der Trend um. Allerdings wiesen die im letzten Jahrhundert eingewanderten Fremden einen höheren Bildungsstand und bessere industrielle Kenntnisse auf als die Schweizer, denn die damaligen «Fremdarbeiter» waren als Professoren an unsern Universitäten, als Redaktoren an unsern Zeitungen und als politische Denker an der Formung der Geisteswelt Europas beteiligt. Mitte des letzten Jahrhunderts wanderten allein aus Deutschland alljährlich zwischen 10 000 und 25 000 Handwerksgelesen ein, welche dank ihrer gewerblichen Ueberlegenheit unsere Industrie aufbauten. Ja man kann sagen, dass ein grosser Teil des schweizerischen Kapitalismus importiert wurde: Georg Fischers Stahlguss kam durch seine Werkspionage aus England in die Schweiz, Saurer war Deutscher, Brown war Engländer, Boveri kam aus Bamberg, Bally aus Oesterreich, Nestlé aus Frankfurt, der Dektor Wander aus Deutschland, Bührle ebenso, und auch Maggi und Knorr waren Ausländer. Erst nachdem die Schweiz ihren Rückstand aufgeholt hatte und die andern Länder sich zweimal durch Weltkriege zerfleischt hatten, kehrte sich die Entwicklung um: Die Schweiz importierte nun auch das industrielle Proletariat.



Immer mehr Schweizer wollen immer weniger «untergeordnete» Tätigkeiten verrichten. Die Industrie hat in vielen Zweigen versäumt, in grossem Mass zu rationalisieren. Statt dessen investierte man in herkömmliche Maschinen und vergrösserte ganz einfach die Zahl der Arbeiter. Für diese Scheinrationalisierung brauchte man immer mehr Arbeitskräfte aus dem Ausland. Aber es kamen Menschen...

Im Frühling 1947 veranlasste die Knappung der Arbeitskräfte im Nachkriegsboom den Zentralverband der Arbeitgeberorganisationen zur Feststellung von «notwendigen lohnpolitischen Wirkungen der Ueberbeschäftigung», weshalb es nicht verwunderlich ist, dass der Bund bis Ende des gleichen Jahres 150 000 Bewilligungen für Fremdarbeiter erteilte. Bis 1950 wurden davon allerdings wieder die Hälfte entlassen, wodurch, wie später 1958, ihre Pufferfunktion bei Konjunkturabschwüngen in Erscheinung trat. «Ein Abbau der einheimischen Arbeitskräftezahl in ähnlichem Ausmass hätte schwerwiegende politische und soziale Auswirkungen gehabt», fand der Zentralverband der Arbeitgeberorganisatio-

nen. Als dann der Koreaboomb der fünfziger Jahre die Knappheit wieder verstärkte, führte der Alarmruf des Zentralverbands der Arbeitgeber zum Beschluss der Expertenkommission des Bundes, eine Politik der «offenen Türen» zu betreiben.

Als schliesslich gegen 1922 jeder vierte Arbeiter in der Schweiz ein Ausländer war, erliessen der Vorort und der Schweizerische Gewerbeverband einen Appell zur Rationalisierung anstatt der bisherigen rein quantitativen Ausdehnung, was 1963 wohl als direkte Folge den ersten Bundesratsbeschluss «zur Abwehr der Ueberfremdungsgewalt» zeitigte. Seither bewegte sich die offizielle Politik zwischen beschwichtigenden Einschränkungsvorhaben und Entgegenkommen für das Klein- und Gastgewerbe, bis die verschiedenen Initiativen von nationalistischer Seite den Spielraum immer mehr verkleinerten und ihn mit dem zu erwartenden Saisonierbeschluss nun praktisch aufgehoben.

Aufstieg dank Import von Arbeitskraft

Die Resultate der bisherigen Fremdarbeiterpolitik sind bekannt. Die Schweiz zählt 1 080 000 Ausländer, wovon 700 000 arbeiten, was auf je drei Schweizer Beschäftigte einen Ausländer ergibt, und trotz der Familienrennung, die wir den Saisonniers zumuten, sind 250 000 ausländische Schulkinder im Land. Dieser Ausländerzufluss hat praktisch jedem Schweizer einen Aufstieg im Betrieb ermöglicht, indem wir das in andern Ländern einheimische Proletariat durch die Fremdarbeiter ersetzt haben. Proletariat sind sie bezüglich ihrer Arbeit, weil sie, wie das Biga treffend schrieb, da sind «für besonders unbeliebte schwere, schmutzige oder als solche geltende, von Schweizern notischerweise gemiedene untergeordnete Tätigkeiten». Proletariat sind sie auch bezüglich ihrer persönlichen Verhältnisse, indem ihnen Wohnungen schwerer zu-

gänglich sind, weil ihre Frauen und Kinder nicht ohne weiteres nachziehen dürfen, weil zum Beispiel die Saisonniers im Kanton Gené zu vier Fünfteln in Baracken wohnen, weil sie wie in mittelalterlichen Zünften auf den Beruf und den Kanton festgenagelt sind, in welchen sie anfangs eintraten. (Das Berufswechselverbot wurde neulich zeitlich verkürzt, was zu «lebhafter Kritik» – NZZ – der Arbeitgeberorganisationen führte.

Aus dem manuell arbeitenden Betriebspersonal der Industrie sind seit 1960 etwa 8 Prozent oder 100 000 Personen zu den Dienstleistungen abgewandert. Schweizer Bürger dürften aber mehrere Hunderttausend entweder zum dritten Sektor oder zu höheren Angestelltenstellen abgewandert sein, denn in den 92 Prozent des verbleibenden Personals ist nun ein grosser Teil der zugezogenen Fremdarbeiter inbegriffen. Eine Umfrage des Vororts brachte verschiedene Hinweise, «dass Beförderungen von tüchtigen Schweizern nicht vorgenommen werden könnten, weil in der bisherigen Funktion kein Ersatz für sie zu finden sei», da nun der Zuzug gestoppt ist. Der weitere Import eines politisch rechtlosen Proletariats und der immer breitere Aufstieg der Schweizer Bürger in Aufsichtsfunktionen dürfte nun zu Ende sein.

Schiffbruch des Breitenwachstums

Bis zum Ende der sechziger Jahre betrieb die Schweiz ein ausgesprochenes Breitenwachstum. Zwar erreichte unser Land die höchste Sparquote der

ganzen westlichen Welt, indem jährlich zwischen 25 und 30 Prozent des Volkseinkommens gespart und zur Erweiterung des Produktionsapparats und für Bauten beiseite gelegt wurden. Aber weil es für jeden Unternehmer einzeln genommen äusserst praktisch war, seine bestehende Produktion einfach unter Beizug von Fremdarbeitern rein mengenmässig auszudehnen, anstatt sein Kapital zur Rationalisierung und zu neuen Produktionstechniken zu gebrauchen, kam gesamtschweizerisch eben als Summe aller dieser Entscheide auch ein vor allem mengenmässiges Wachstum zustande. Die Arbeitsproduktivität steigt, je nachdem der Arbeitseinsatz in einer Volkswirtschaft durch immer raffiniertere Maschinen vervielfältigt wird. Weil dies in der Schweiz nicht angestrebt wurde (denn man stellte einfach weitere Maschinen auf, wie man sie schon im Betrieb hatte und stellte Fremdarbeiter dahinter), stieg die Arbeitsproduktivität in der Schweiz im Durchschnitt der fünfziger Jahre jährlich nur um 2,7 Prozent, was nur noch vom lahmen England unterboten wurde.

«Folglich kennzeichnet sich die schweizerische Konjunktur der fünfziger und insbesondere der sechziger Jahre durch ein ausgesprochenes Breiten-

Ausscheiden und in die Agenda kleben

Am 25. Oktober erscheint die nächste «konzept»-Nummer am Kiosk für Fr. 1.-



prenez la vie par le bon bout avec une...

GAULOISE

Wird die fortschrittliche Entwicklung verhindert?

Fortsetzung von Seite 1

wachstum, getragen von einer raschen quantitativen Expansion der Produktionsmittel Arbeit und Sachkapital, wogegen die Produktivität des Faktoreinsatzes und der Einfluss von seitens des technischen Fortschritts relativ gering waren. Nach B. und R.L. Frey betrug der Anteil des durch den technischen Fortschritt erklärten Wachstums in der Schweiz 1950-1960 lediglich 34 Prozent, gegenüber beispielsweise 47 Prozent in den USA.» (Flury/Schiltknecht, in «Arbeitsgeopolitik der Nachkriegszeit», 1968.) Gleichzeitig bewirkte der Fremdarbeiterzuwachs den Druck auf die Infrastruktur, den man mit allerhand Mitteln, etwa dem Verbot des Familiennachzugs, zu lindern versuchte. Trotzdem sollen pro neuen Fremdarbeiter schon vor Jahren bis 60 000 Franken an Arbeitsplatz- und Infrastrukturinvestitionen (diese zum Teil aus Steuergeldern) nötig gewesen sein. (Flury/Schiltknecht.) Als Resultat dieses von Unternehmenseinseits bewirkten Mengenwachstums ergab sich also ein kleineres Pro-Kopf-Wachstum der Einkommen, als es sonst statgefunden hätte, verbunden mit einer beispiellosen Konjunkturüberhitzung und galoppierenden Inflation.

10% der vorhandenen Arbeitsplätze nicht besetzt

Alles, was die Unternehmerorganisation heute zu bieten haben, sind Rufe nach längerer Arbeitszeit und weiteren Fremdarbeitern. Allein das sogenannte «Instabilitätsargument» der Wachstumstheorie sollte aber die Irrationalität solcher Sanierungsmaßnahmen zeigen. Denn falls man die Ueberbeschäftigung durch eine weitere Ausdehnung der Wirtschaftstätigkeit beseitigen will, verstärkt sich nur die Instabilität der Situation weiter in Richtung der Ueberhitzung, weil ja dadurch neue Anlagen, Investitionen, dann auch Gewinne und Einkommen entstünden. Allerdings könnten vielleicht durch gewisse Arbeitszeitverlängerungen zu rasch erweiterte Produktionsanlagen voller genutzt und mehr Güter der überbordenden Nachfrage entgegengestellt werden. Aber es ist nicht ganz einzusehen, warum die Beschäftigten durch Mehrarbeit die Rentabilität von zu spekulativ erweiterten Fabriken sichern sollten, denn bekanntlich erstreckt sich ihre Mitwirkung im Produktionsprozess nicht auf die Entscheidung über die Investitionen; sie wurden vorher auch nicht gefragt. ...

Nach der erwähnten Herbstfrage des Vororts unter den Mitgliedern waren ungefähr 10 Prozent der vorhandenen Arbeitsplätze in der schweizerischen Wirtschaft nicht besetzt - oder umgekehrt, um so viel hatten sich die Unternehmer bei den Investitionsentscheidungen verrechnet. Soweit Rationalisierungsinvestitionen erfolgt waren, konnten sie teilweise nicht ausgenutzt werden, weil sie anscheinend wiederum zu masslos ausgefallen waren und beispielsweise zusätzliche Nachschichten erforderlich!

Breitenwachstum gegen Tiefenwachstum

Dieses in letzter Zeit öfters erwähnte Alternativpaar wirtschaftlicher Ent-

wicklung charakterisiert sich durch die Art der Verwendung jener 25 bis 30 Prozent des Volkseinkommens, die gespart und investiert werden. Bei Breitenwachstum werden bestehende Betriebe und Produktionsprozesse erweitert, indem in gleicher Proportion mehr Maschinen installiert und Arbeiter beschäftigt werden. Tiefenwachstum hingegen ist durch vermehrte Maschineneinsatz mit gleichbleibender, rückläufiger oder mindestens unterproportional wachsender Beschäftigtenzahl gegeben. Der Ertrag pro geleistete Arbeitsstunde steigt dadurch, die Arbeitsproduktivität nimmt zu. Die beiden hier schematisch dargestellten Wachstumspfade haben unterschiedliche Wirkungen auf die Höhe und auf die Verteilung des Einkommens pro Kopf der Bevölkerung. Das Breitenwachstum steigert das Volkseinkommen absolut, aber pro Kopf vermehrt es sich kaum, da mehr Beschäftigte sich darin teilen müssen. Die Verteilung des Volkseinkommens ändert sich vermutlich leicht zugunsten der Unternehmenseite, weil zusätzliche Gewinne auf der erweiterten Produktion möglich werden. Das Tiefenwachstum hingegen hebt das Volkseinkommen absolut gesehen ebenfalls an, aber da die Beschäftigten unterproportional ansteigen, wird auch das Volkseinkommen pro Kopf ansteigen. Die gestiegene Arbeitsproduktivität verschafft aber nicht nur vermehrten Wohlstand, sondern verteilt auch die Einkommen eher zugunsten der Arbeitseite. Deren Macht bei Lohnverhandlungen wird grösser, die Unternehmer sind bei hohen Fixkosten, welche die kostspieligen Rationalisierungsinvestitionen verursachen, eher geneigt, jeden Lohn zu bezahlen, wenn nur produziert wird.

Wie im vorletzten «Konzept» mit Zitaten von unverdächtiger Seite, nämlich vom Zentralverband der Arbeitgeberorganisationen und aus dem Statistischen Jahrbuch, belegt wurde, ist das Pro-Kopf-Einkommen der schweizerischen Nachkriegszeit auf Unternehmenseite etwa um 180% gestiegen, auf Beschäftigtenseite aber nur um 115%. Natürlich haben sich in der Schweiz nach 1945 die beiden hier sauber unterschiedenen Wachstumsarten überlappt; man kann aber feststellen, dass bis Ende der sechziger Jahre das Breitenwachstum dominierte und dass seither ein grosser Zwang zu Tiefenwachstum herrscht, da die Fremdarbeiter fehlen. «Die schweizerische Öffentlichkeit ist nach Auffassung des Verwaltungsratspräsidenten der AG Brown Boveri, F. Luterbacher, im Irrtum, wenn sie am Bild einer auf Expansion, Personal- und Umsatzsteigerung ausgerichteten Industrie festhält. Denn die Phase der Expansion in die Breite ist bereits abgeschlossen» (AZ 18. 6. 1973). Aber auch dies stimmt nun wieder nicht so ganz.

Flucht ins Ausland - Flucht vor dem Fortschritt

Das für die Unternehmer viel bequemere Breitenwachstum wird in der Schweiz nur halbherzig zu Tiefenwachstum gewandelt. Vielmehr geht (jetzt im Ausland) das Breitenwachstum der Schweizer Grossfirmen bewusst weiter. Mit grosser Publizitätswirkung kündigt ein Konzern nach dem ändern die verstärkte zunehmende Ver-

lagerung seiner Aktivitäten ins Ausland an. Ciba-Geigy ist das letzte Beispiel, vorher kamen Sulzer, Wild in Heerbrugg, Georg Fischer und viele andere. Paillard konnte sich sogar sanieren, indem die Firma grosse Teile der Produktion nach Brasilien verlegte. Der schweizerische Produktionsapparat im Ausland ist bereits grösser als der inländische. Durch ihr Ausweichen ins lohnünstigere Ausland entgehen die Unternehmer dem harten Zwang zu arbeitsparenden Rationalisierungen. Wenn auf die Länge die industriellen Arbeitsplätze durch diese Auswanderungen wirkungsvoll ausgelagert werden, können sie sich sogar einen Disziplinierungseffekt auf Lohnforderungen und Gewerkschaften in der Schweiz ausrechnen, da dann jedermann um den Arbeitsplatz froh sein müsste. Einmal mehr droht aber diese auf Betriebsstufe jeweils rationale Haltung der Gesamtwirtschaft grossen Schaden zuzufügen. Denn der technische Fortschritt in der schweizerischen Produktion wird weiterhin klein bleiben und die Arbeitsproduktivität wird nicht steigen, wie sie es könnte, wenn diese Milliardensummen, statt ins Ausland gepumpt zu werden, in arbeitsparenden Anlagen im Inland investiert würden. Die Schweiz begibt sich der Chance, eine hochindustrialisierte Wirtschaft aufzubauen, wo technischer Fortschritt dominierendes Zugpferd ist, wo alle schweren und inhumanen Arbeiten progressiv ausgemerzt werden und von wo aus ein Übergang zur postindustriellen Gesellschaft mit rapiden Arbeitszeitverkürzungen möglich wäre.

Tiefenwachstum als Emanzipationschance

Um ein solch anspruchsvolles, aber unsern Möglichkeiten durchaus angemessenes Ziel zu erreichen, müsste sich die Schweiz allerdings gesellschaftliche Einrichtungen geben, die diesen Möglichkeiten adäquat wären, das heisst, man müsste eine straffe Industriepolitik, eine intensive Forschungs- und Entwicklungspolitik betreiben. Dies wäre die rein technokratischen Forderungen der Stunde, wie sie etwa Frankreich begriffen hat, worauf ihm Futurologen bereits schon die Ueberflügelung ganz Westeuropas voraussagen. Für den Emanzipationsanspruch des Schweizlers aber würde ein inländisches Tiefenwachstum auf jeden Fall etwagende Bildungschancen und eine menschlichere Arbeitswelt bedeuten. Denn eine wirklich rationalisierte, auf Befreiung von der Sklaverei der Arbeit gerichtete Wirtschaftspolitik würde von einzelnen Beschäftigten nicht eingefuchste Detailkenntnisse verlangen, sondern Allgemeinwissen, Flexibilität und permanente Weiterbildung. Die Bildungstechnik müsste daher jene Richtung einschlagen, die von Industrie und Gewerbe mit der Absage an den Bildungsartikel bekämpft wurde, nämlich die Tendenz weg von der Ausbildung und hin zum Wissen als Orientierung- und Selbstbestimmungshilfe des einzelnen in der Gesellschaft. Sogar wirtschaftlich würde sich dies auszahlen. Empirische Untersuchungen zeigen, dass Forschungs- und Bildungsaufwendungen «Renditen» erbringen, welche längerfristig erheblich über denjenigen für physische Investitionen in Maschinen und Bauten liegen (vgl. B. und R.L. Frey, «Wachstum und technischer Fortschritt in der Schweiz 1950-1960»).

Eine Ueberqualifikation des Durchschnittsschweizers gegenüber den Anforderungen seines Arbeitsplatzes

Fortschrittliche Entwicklung verhindert

Lange Zeit - etwa seit Beginn der fünfziger bis Ende der sechziger Jahre - ist es in vielen Bereichen möglich gewesen, mit einer arbeitsintensiven Produktionsstruktur und einer (relativ) tief entwickelten Technologie «wirtschaftlich» zu produzieren: Die Möglichkeit des Imports billiger und relativ wenig qualifizierter Arbeitskräfte - Fremdarbeiter, denen keine politischen Rechte zukommen und deren man sich bei einer allfälligen starken Verschlechterung der Konjunkturlage ohne grosse Friktionen zu einem grossen Teil wieder entledigen kann - stimuliert in vielen Bereichen ein arbeitsintensives Breitenwachstum. Gleichzeitig ermöglichte diese Masseneinwanderung relativ wenig qualifizierter Arbeitskraft den beruflichen Aufstieg vieler Schweizer - ein Aufstieg, der in vielen Fällen nicht den Erwerb neuer formaler «Bildungsqualifikationen» voraussetzte.

Der politische Druck

- der Gebiete, die von dieser Entwicklung nicht profitiert hatten,
- der Gruppen, die sich durch diesen massenhaften Import ausländischer Arbeitskraft (und ihrer Folgen) in ihrer beruflichen und gesellschaftlichen Stellung bedroht sahen,
- von Kreisen, die durch die «Unter-schichtung» der Schweiz zwar objektiv gesehen durchaus profitiert hatten (beruflicher Aufstieg, mehr Einkommen etc.), jedoch durch die sozialen Folgen dieser Einwanderung aufgeschreckt worden waren, führte - häufig verbunden mit der Kultivierung eines engstirnigen «altheitschen» Nationalismus und pseudoantikapitalistischen Attacken gegen die «amegalomanische» Grossindustrie - bekanntlich zum Stopp der Einwanderungsbewegung. Der im Juni dieses Jahres vom Bundesrat gefasste Beschluss, auch die Zahl der Saisoniers zu stabilisieren, ist ein Element dieser Stabilisierungs- und Abheupolitik - eine Politik, die weite Kreise auch heute noch entscheidend verschärfen möchten (neue Ueberfremdungsiniziativen).

Die Notwendigkeit, mit einem von nun an relativ stationären Arbeitskraftpotential mehr zu produzieren, bedingt im Prinzip die Rationalisierung resp. Automatisierung der Produktion. Die Auswirkungen der Rationalisierung resp. Automatisierung auf die Qualifikationsstruktur der Beschäftigten sind offensichtlich und noch nicht ganz geklärt; vor allem sind sie in entscheidendem Mass abhängig vom sozialen Rahmen, von der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit, innerhalb dessen sie sich vollziehen:

- einerseits nimmt der Bedarf an gut qualifizierten Arbeitskräften zu (sowohl was deren Anfangsqualifikation als deren Fähigkeit zur Um- und Weiterqualifikation betrifft),

• andererseits entstehen durch Rationalisierung resp. Automatisierung Arbeitsplätze, deren Anforderungen recht gering sind und die Dispositionschancen des Arbeitenden in hohem Mass verringern.

Rationalisierung resp. Automatisierung wird also - in welchem Ausmass auch immer - tendenziell den «Bildungsbedarf» für die Produktion erhöhen und gleichzeitig zur Freisetzung von Arbeitskräften führen, die in den für die Produktivität des Gesamtsystems immer wichtiger werdenden - Tertiärsektor (Dienstleistungen) abwandern: in den Dienstleistungssektor, wo im Durchschnitt die für die Berufsausübung erforderliche formale «Bildungsqualifikation» höher ist als in der Landwirtschaft, der Industrie und dem Baugewerbe. Eine derartige Entwicklung wird kaum ohne Folgen bleiben: Der (notwendigerweise) besser qualifizierte Arbeiter wird immer mehr nicht nur Lohn erhöhungen (ein grösseres Stück oder zumindest das gleiche Stück des sich vergrössernden Kuchens) verlangen, sondern immer mehr auch Mitbestimmungsrechte (Demokratisierung der Wirtschaft) und die Garantie resp. Verbesserung seiner Qualifikation (Bildungsurlaub etc.). Es ist deshalb nicht verwunderlich, dass man versucht, eine derartige Entwicklung nur zaghaft einzuleiten und - wenn sie aus irgendwelchen Gründen unumgänglich ist - deren Auswirkungen nach Möglichkeit unter Kontrolle zu halten. Viele Schweizer Grossfirmen (bei denen es sich in der Regel um multinationale Konzerne handelt) sind hier in einer besonders günstigen Lage:

• Die arbeitsintensive Produktion, die in der Schweiz wegen der Unmöglichkeit, neue ausländische Arbeitskraft zu importieren, nicht mehr zu realisieren ist, wird ins Ausland verlegt (statt die Arbeiter zu den Fabriken die Fabriken zu den Arbeitern). Gleichzeitig wird die verlegte Produktion dabei - wegen des tieferen Lohnniveaus - tendenziell billiger.

• In der Schweiz selbst wird «bedeckungs» rationalisiert und automatisiert. Gleichzeitig werden diejenigen politischen Kräfte, die einen grosszügigen Ausbau des öffentlichen Berufs- und Weiterbildungswesens verlangen, gebremst und betriebs- resp. konzernintern ein Berufsbildungs- und vor allem Weiterbildungssystem aufgebaut, mittels dessen die jeweils benötigte «unternehmensspezifische» Qualifikation relativ fraktionslos produziert werden kann.

Einmal mehr verhindern damit partikuläre Interessen eine objektiv mögliche fortschrittliche Entwicklung; die Entwicklung zu einer Gesellschaft, in der auch die Wirtschaft der demokratischen Kontrolle unterworfen ist und der einzelne besser qualifiziert ist.

Rolf Nef

würde bei komplizierten Rationalisierungsinvestitionen kaum auftreten, sie wäre aber sogar wünschenswert, denn zusammen mit den Arbeitszeitverkürzungen liesse sie neben der konkreten Arbeit immer mehr die Beteiligung des einzelnen an den übergeordneten Entscheidungen in Wirtschaft und Unternehmen zu. Die Unternehmenshierarchien sowie die Trennung zwischen leitender und ausführender Arbeit könnten verschwinden.

Dieses langfristige Emanzipationsziel läuft das bisherige Breitenwachstum in der Schweiz direkt zuwider. Das unterdessen als Ausweg gegen inländi-

sches Tiefenwachstum in Gang gesetzte Breitenwachstum im Ausland verhindert ebenso wirkungsvoll eine Ausnutzung der Emanzipationsmöglichkeiten des schweizerischen gesellschaftlichen Reichtums. Weil die staatliche Politik das Gesamtinteresse des Landes und seiner Beschäftigten nicht ausdrücken kann oder will, werden wir es vermutlich ein zweites Mal in der Nachkriegszeit erleben, wie einige weniger Konzernzentralen in Verfolgung ihrer kurzzeitigen betrieblichen Logik Milliardenwerte jährlich für anspruchloses Breitenwachstum verpulvern.

Beat Kappeler

Das aktuelle Buch

Europa auf dem Weg zur Supermacht

Ein Gigant ist im Werden: die Europäische Gemeinschaft oder - wie Galtung zu sagen pflegt - die «kapitalistische Grossmacht Europa». Der international renommierte, engagierte norwegische Soziologe und Friedensforscher Johan Galtung versucht in seinem sechsten in Deutsche übersetzte Buch* die in früheren Arbeiten entwickelte Theorie des strukturellen Imperialismus auf die wachsende Europäische Gemeinschaft anzuwenden - die Europäische Gemeinschaft, die seiner Meinung nach als Wiege einer neuen Supermacht gerade von den Kritikern des «kapitalistischen Systems» in Westeuropa noch zuwenig ernst genommen werde.

«Beides, Anti-US-Imperialismus wie Antikomunismus, macht seine Verfechter merkwürdig blind gegenüber der EG, da sie sich zu sehr auf die jeweilige Supermacht konzentrieren. Die eine Partei ist auf dem linken Auge blind, die andere auf dem rechten; beiden fehlt das dritte Auge, mit dem sie sich selbst sehen könnten.»

Die zentrale These: Die Europäische

Gemeinschaft ist ein Versuch der Wiederherstellung

- einer eurozentrischen Welt, also einer Welt, deren Zentrum in Europa liegt;
- eines unizentrischen Europas, also eines Europas, dessen Zentrum im Westen liegt.

Vergleicht man die «Gemeinschaft der 10» mit den USA, der UdSSR (inklusive die Länder Osteuropas) und Japan, so steht die Gemeinschaft an erster Stelle bezüglich der Bevölkerung, der Stahlproduktion, des Aussenhandels, der «Entwicklungshilfe» und der Autoproduktion; an zweiter Stelle bezüglich Bruttosozialprodukt, Energieerzeugung und in Betrieb stehenden Computern. Diese Faktoren illustrieren die ressourcenbedingte Macht der Gemeinschaft.

Daneben steht die Macht, die einem Staat resp. einem Staatenverband durch seine Stellung in der Struktur des internationalen Systems erwächst. Galtung unterscheidet hier zwischen Ausbeutung (Ausnutzung resp. Schaffung und Aufrechterhaltung der extre-

men vertikalen und horizontalen Arbeitstellung zwischen den Staaten), Spaltung (Die «Herrennationen» verhindern einen Zusammenschluss der abhängigen Nationen) und Durchdringung (Die «Herrennationen» durchdringen die abhängigen Nationen mit ihrem Kapital und ihrer Kultur). Derartige strukturelle Macht übt die EWG gegenüber den assoziierten Staaten der Dritten Welt (vor allem Afrika) und teilweise auch gegenüber gewissen Ostblockstaaten aus. Die Ausnutzung dieser Struktur wird nicht zuletzt durch die multinationalen Konzerne erleichtert.

Am Schluss entwickelt Galtung seine Konzeption:

«Wir würden am liebsten eine Europäische Gemeinschaft sehen, die aus kleinen sozialen Einheiten, etwa Kantonen, besteht. Diese Einheiten wären grösser als Gemeinden, aber kleiner als Regionen; sie könnten sich ihre Sozialstruktur innerhalb eines grundsätzlichen sozialistischen und humanistischen Rahmens frei wählen, und es gäbe ein hohes Mass an Mobilität zwischen

ihnen... sie wären interdependent, aber auch selbstgenügsam, so dass sie Krisen aus eigener Kraft überleben könnten. Sie wären wie Kantone in einer Föderation miteinander verbunden, und wie zwischen den Kantonen gäbe es ein hohes Mass an direkter Demokratie. (...) Schliesslich wären die Kantone so festgelegt, dass keiner von ihnen den anderen beherrschen könnte.»

Eine noch recht vage Konzeption eines sozialistischen, modernen föderalistischen Systems, dessen Struktur Galtung am Schluss noch thesartig andeutet, ohne jedoch zu konkretisieren (und ihre Problematik zu diskutieren).

Trotzdem: Eine relativ gut geschriebene, leicht verständliche Einführung in eine Problematik, die immer aktueller wird - auch für die Schweiz, die ja mit der EWG kürzlich ein Abkommen unterzeichnet hat und sich längerfristig dem «Sog» der Gemeinschaft nicht wird verschliessen können (Neutralität hin oder her).

* Johan Galtung, Kapitalistische Grossmacht Europa oder: Die Gemeinschaft der Konzerne? rororo aktuell Nr. 1651, Hamburg 1973.

konzept

Herausgegeben von der Redaktion des «Kulturkonzept», in Zusammenarbeit mit dem VSS.

Erscheint monatlich jährlich an allen Hochschulen, Technika, Lehrerseminaren, Musikonservatorien, Höheren Wirtschafts- und Verwaltungsschulen und Schulen für Sozialarbeit der deutschen Schweiz sowie am Kiosk. Auflage 37 000.

Redaktion und Administration: Rämistrasse 66, CH-8001 Zürich. Schweiz; Telefon 0 (01) 47 75 30. Postcheckkonto: 80-35598, Zürcher student, Zürich.

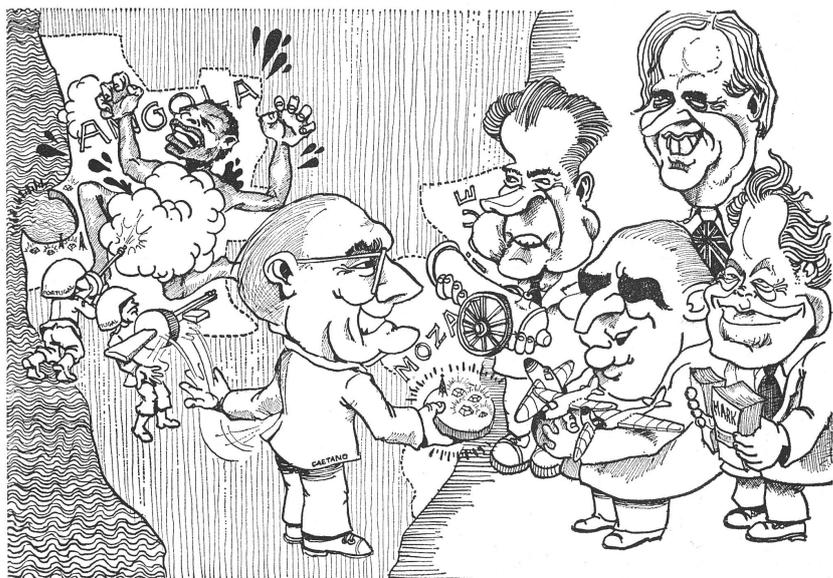
Redaktion: Pierre Freimüller, Rolf Nef, Thomas Rüti, Beat Schweingruber. Die im «Konzept» erscheinenden Artikel geben jeweils die Meinung des Verfassers wieder.

Nachdruck nur nach vorheriger Absprache mit der Redaktion und mit Quellenangabe gestattet.

Insertat: Mosse-Annoncen AG, Limmattalquai 94, CH-8023 Zürich, Tel. 0 (01) 47 34 00, Telex 55 235.

Druck und Versand: Tages-Anzeiger, Postfach, 8021 Zürich; Telefon (01) 39 30 30.

Redaktionsschluss: 5. Oktober
Insertatenschluss: 6. Oktober



Grundsatzserklärung der SAFEP

Schweizerische Arbeitsgruppen für Entwicklungspolitik (SAFEP): Die Schweizerischen Arbeitsgruppen für Entwicklungspolitik (SAFEP) befassen sich mit dem weltweiten Konflikt zwischen den Industrieländern und der Dritten Welt. Sie nehmen Partei für die benachteiligten und gegen die privilegierten Bevölkerungsschichten. Sie setzen sich ein für gesellschaftliche und regionale Entwicklung, auch in der Schweiz.

1. Die SAFEP orientieren sich dabei an folgenden Ziel- und Wertvorstellungen: Die Verwirklichung von gesellschaftlichen Werten wie Gerechtigkeit, Gleichheit, Freiheit und Abwesenheit von Gewalt steht für sie im Vordergrund. Das Gesamtinteresse soll Vorrang haben. Gesellschaften, Gruppen und Individuen sollen sich in Solidarität, aber möglichst selbständig entwickeln und entfalten können. Die Beziehungen zwischen den Gesellschaften sollen durch Gleichberechtigung charakterisiert sein, die Beziehungen innerhalb der Gesellschaft durch Partizipation.
2. Diese Werte sind weltweit nicht ver-

wirklich. Im Gegenteil, unsere Situation ist durch Hunger, Unterdrückung, Ungleichheit und Gewalt gekennzeichnet. Der positiven Veränderung steht die bestehende Art der internationalen Beziehungen entgegen.

Das Ziel ist daher die Lösung der Entwicklungsländer aus der vielseitigen wirtschaftlichen Abhängigkeit von den Industrieländern, die Befreiung aus der Armut und eine eigene, auf Gleichheit und Freiheit abzielende Entwicklung.

3. Die Verwirklichung dieser Ziele ist nur mit einer Politik möglich, die eine Neuverteilung der Macht sowohl in den Entwicklungsländern als auch in den Industrieländern anstrebt.
4. Die SAFEP unterstützen diejenigen Staaten und Organisationen, welche auf eine solche Befreiung hinarbeiten. Die Unterstützung umfasst: internationale Solidarität und materielle Hilfe. Sie erfordert eine zielgerichtete Information und Bewusstseinsbildung der breiten Bevölkerung.

Die SAFEP arbeiten mit Organisationen zusammen, die sich auch für die oben formulierten Werte und Ziele einsetzen.

Die Befreiungsbewegungen in den portugiesischen Kolonien

Von E. de Sousa Ferreira

Auf der Berliner Konferenz von 1885 wurde die letzte politische Aufteilung der Kolonialgebiete in Afrika vorgenommen. Als Folge dieser Konferenz behielt Portugal die Gebiete Angola, Moçambique und Guinea als seine wichtigsten afrikanischen Kolonien. Jahrhundertlang hatte Portugal seine afrikanischen Besitzungen vernachlässigt. Erst die Unabhängigkeitserklärung Brasiliens, der grossen portugiesischen Kolonie in Südamerika, im Jahr 1823 brachte die Wende in der portugiesischen Kolonialpolitik und machte die afrikanischen Kolonien Portugals zu Schwerpunkten seines Interesses. Denn angesichts seiner nicht entwicklungs-fähigen Wirtschaft konnte Portugal seinen Lebensstandard nur auf der Grundlage der Uberschüsse aus den kolonialen Besitzungen aufrechterhalten. In dem Moment, wo Portugal sich gezwungen sah, sich seinen afrikanischen Gebieten zuzuwenden, stiess es allerdings auf den Widerstand der grossen Kolonialmächte England, Frankreich und Belgien. Diese hatten gerade angefangen, sich für Afrika zu interessieren, um dort ihr Bedürfnis nach Kapital- und Rohstoffen zu befriedigen, das eine Folge ihrer industriellen Entwicklung war. Portugal hingegen besass seine Kolonien nicht aufgrund seines wirtschaftlichen Expansionsdrangs, sondern umgekehrt, um seine Wirtschaft aufrecht-erhalten zu können; es war daher nicht stark genug, sich den anderen Kolonialmächten gegenüber zu behaupten.

Albuquerque 1896 die Eingeborenen des Gazagebietes im Süden des Landes, und die «Befriedung» des Nordens ist 1904 abgeschlossen. Mit der Niederlage des Mokombo (König) von Barwe im Tete-Gebiet 1918 ist der bewaffnete Widerstand gebrochen (2). In Guinea-Bissau kämpft Portugal dreissig Jahre gegen den Widerstand der Animisten. In den Jahren 1913 bis 1915 führt Portugal vier Eroberungsfeldzüge durch; der Bijagos-Archipel wird erst 1936 unter portugiesische Kontrolle gebracht (3).

Widerstand ohne Waffen

Der nicht bewaffnete Widerstand war jedoch keineswegs gebrochen; im Gegenteil, er verschärfte sich seitdem und vor allem nach der Gründung des repressiven Neuen Staates (Estado Novo) in Portugal 1926, der Salazar an die Macht brachte. Allerdings verschob sich das Zentrum des Widerstandes «von den traditionellen Hierarchien, die zu gefügigen Marionetten der Portugiesen wurden, zu Individuen und Gruppen». (4) Portugal hatte eine sehr dünne afrikanische Eliteschicht geschaffen, die «assimilados». (5) Diese verfügt gegenüber der Masse der Eingeborenen («indigenas»), die unter einem degradierenden Kolonialstatut lebt, über bestimmte Privilegien, die es ihr erlauben, an der Ausbeutung ihrer Landsleute teilzunehmen. Zugleich soll

diese Elite die Präsenz Portugals in Afrika legitimieren. Es ist auf der anderen Seite jedoch nicht verwunderlich, dass angesichts der menschenwürdigen Situation der Eingeborenen und der brutalen Repression durch Portugal gerade die gebildeteren assimilados eine politische Opposition bildeten.

«Liga Africana»

Es formierten sich Gruppierungen von Studenten, denn aufgrund ihrer Bildung waren die Studenten am ehesten in der Lage, die Problematik des Kolonialismus zu verstehen und Kontakt mit der Aussenwelt aufzunehmen. 1920 wurde die «Liga Africana» gegründet, die Schwarze und Mulatten unter den Studenten vereinigte. Sie bedeutete einen gewaltigen Fortschritt, da sie in ihrer Konzeption das Stammendenken überwand und nicht nur die nationale Einheit forderte, sondern die gemeinsame Befreiung der drei Kolonien Angola, Guinea-Bissau und Moçambique von den kolonialen Feind Portugals, die Einheit Afrikas und schliesslich die Einheit aller unterdrückten schwarzen Völker der Welt.

Hier wird einer der Widersprüche des portugiesischen Kolonialismus sichtbar: Portugal verfolgt eine Politik der Zerstörung der einheimischen Strukturen in Afrika und der Missachtung der Unterschiedlichkeit der in den Kolonien lebenden Völker, und gerade das führte jetzt dazu, dass die ihrer Gesellschaft entfremdeten Afrikaner in nationalen Kategorien denken und handeln konn-

ten und damit eine auf nationaler Ebene vereinigte Kraft gegen den Kolonialismus darstellten.

Diese Gruppierungen waren jedoch kurzlebig, und ihre Wirkung war relativ gering. Ein starkes Aufleben des politischen Bewusstseins war erst nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges unter dem Eindruck der Niederlage des Faschismus und des Entstehens einer weltweiten antikolonialistischen Bewegung möglich. Aus der Schicht städtischer Intellektueller, denen klar geworden war, dass Portugal in seinen Kolonien rassistische Diskriminierung und repressive Ausbeutung betreibt, rekrutierte sich eine künstlerische und kulturelle Aufstandsbewegung, die die Idee des Nationalismus stärken wollte, doch gelang es dieser auf die Städte beschränkte Bewegung nicht, Verbindung mit den Massen auf dem Lande aufzunehmen. Dieser Kontakt wurde vor allem durch das Bildungssystem behindert: höhere Schulen gibt es in den Kolonien nur in den Städten, wo die Masse der weissen Bevölkerung ansässig ist.

Hier auf dem Bildungsektor findet sich die stärkste Waffe der portugiesischen Assimilationspolitik; hier erzwingt der Staat in Aktionseinheit mit der römisch-katholischen Kirche eine portugiesisch-katholische Kultur und entfremdet damit die Völker ihrer eigenen Kultur. Für die katholische Kirche Portugals bedeutet die Verbreitung des Evangeliums die Verbreitung der portugiesischen Zivilisation; sie verzerrt damit den historischen, befreienden Jesus zu einem Kolonialisten-Jesus. Da die portugiesische Kultur in den Städten existierte, auf dem Lande aber die traditionelle Kultur weiterlebte, war es für ein Bündnis mit der Landbevölkerung entscheidend, dass die Intellektuellen zuerst dieser Entfremdung Widerstand entgegengesetzten.

Der bewaffnete Widerstand

Den Anschluss an die Massen fanden

die afrikanischen Nationalisten erst Anfang der sechziger Jahre.

Jahrelang hatten die Völker der Kolonien ihre Forderungen auf demokratischem Wege vorgebracht, die Haltung Portugals diesen Forderungen gegenüber machte jedoch eine friedliche Lösung unmöglich. Beredtes Zeugnis davon legen die Massaker von Baixa do Cassange in Angola, Pidjiguiti in Guinea-Bissau und Mueda in Moçambique ab. Es bildeten sich daher Befreiungsbewegungen, die ihre ersten Jahre der Vorbereitung des bewaffneten Kampfes widmeten: Es war erforderlich, die Bevölkerung die Notwendigkeit des bewaffneten Kampfes klarzumachen, und zudem mussten Kader ausgebildet werden, da der portugiesisch-katholischen Erziehungssystem nur die sehr dünne Schicht der assimilados auf die Uebernahme minimaler sozialer und wirtschaftlicher Aufgaben vorbereitet war.

1956 wurde in Angola durch Zusammenschluss mehrerer bereits seit 1953 existierender Untergrundorganisationen die MPLA (Movimento Popular de Libertação de Angola) gegründet. Der bewaffnete Kampf begann jedoch erst am 4. Februar 1961 mit einem Angriff von MPLA-Mitgliedern auf das politische Gefängnis von Luanda, der Hauptstadt Angolas. Portugal antwortete einige Tage später mit der Vernichtung durch Napalm von 17 Dörfern (5000 Tote) in der Baixa do Cassange, zwischen Luanda und Malange. Auf die darauffolgende Eröffnung der «Nordfront» in den Distrikten von Luanda, Cuanza-norte, Zaire und Uige reagierte Portugal mit einer Grossoffensive, in der - von August bis September - 50 000 Menschen den Tod fanden und 300 000 aus Angola flohen.

Bis 1964 befand sich die MPLA in einer Krise aufgrund der Auseinandersetzung mit der UPA (União das Populações de Angola), einer anderen Bewegung, die stammesorientiert und von den USA stark beeinflusst war. 1964 eröffnete die MPLA die Front von Cabinda (2. politisch-militärische Region), wo sie grosse Erfolge registrieren konnte. In den folgenden Jahren kamen nacheinander hinzu die Ostfront (Distrikte Mexico und Cuando-Cubango) und die 5. Region im Distrikt Bié. 1968 erklärte Agostinho Neto, der Präsident der Bewegung, die Ausbreitung des Kampfes auf das gesamte angolansiche Gebiet, wo heute in 10 von 15 Distrikten gekämpft wird.

Erste Erfolge

Zwei Jahre nach dem Aufstand in Angola begann der bewaffnete Kampf in Guinea-Bissau. Die 1956 gegründete PAIGC (Partido Africano para a Independência da Guiné e Cabo Verde) widmete die ersten sechs Jahre ihres Bestehens einer sorgfältigen politischen Arbeit, um die Bevölkerung auf den Befreiungskampf vorzubereiten. Die starke Repression durch Portugal, besonders durch die portugiesische Geheimpolizei PIDE, zwang die PAIGC zu einer Aenderung ihrer Taktik: sie verlagerte ihre Aktivität von den Städten auf das Land.

Der Angriff auf die Kaserne von Tite im Februar 1963 kennzeichnet den Beginn des bewaffneten Kampfes. Bereits im Jahre 1964 konnte die PAIGC ihren Kongress in einem befreiten Gebiet im Süden Guinea-Bissaus abhalten.

Die Entwicklung des Kampfes in Guinea-Bissau zeichnet sich durch Regelmässigkeit und gleichmässige Ausdehnung aus. Es werden reguläre



Truppen aufgestellt. 1967 wurden Waffen an die Bevölkerung verteilt. 1968 griffen Truppen der PAIGC den Flughafen der Hauptstadt Bissau an, ein Jahr später nahmen sie die portugiesische Stellung Medina-boé und erreichten damit die vollständige Befreiung des Gebietes Boé, was zum Zusammenbruch der portugiesischen Ostfront führte und damit die Offensive nach Westen, d. h. die Befreiung der gesamten Kolonie, einleitete. Heute sind drei Viertel des Landes unter der Kontrolle der PAIGC; im Landesinnern halten die Portugiesen nur noch die befestigten Städte.

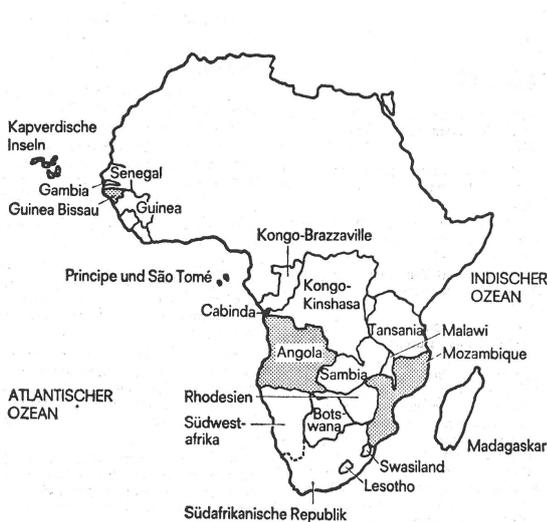
Zusammenschluss

Im Jahr 1964 begann der bewaffnete Aufstand in Moçambique. 1962 war dem Zusammenschluss der drei Bewegungen URENAMO, MANU und UNAMI die FRELIMO (*Frente de Libertação de Moçambique*) entstanden. Die ersten Jahre galten auch hier der Vorbereitung des bewaffneten Aufstands; dieser brach nach dem von den Portugiesen veranstalteten Massaker von Mueda los.

Aufgrund ihrer Struktur, einer sehr breitgestreuten Front mit verschiedenen politischen Richtungen, geriet die Frelimo 1969 bis 1970 in eine Krise: einige Gruppen konnten sich nicht vom Stammesdenken lösen und forderten die isolierte Unabhängigkeit der bereits befreiten Gebiete, d. h. zweier Distrikte im Norden des Landes. Damit negierten diese Gruppen jedoch eines der Hauptziele der Frelimo, durch Überwindung des Stammesdenkens die nationale Einheit zu schaffen. Aus dieser internen Auseinandersetzung ging die Frelimo gefestigt hervor.

Die Befreiung und der Imperialismus

Den Befreiungsbewegungen stellt Portugal eine 180 000 Mann starke Armee entgegen, für die es heute täglich 1 Million Dollar ausgibt. Der portugiesische Staatshaushalt für das Jahr



1970 sah 10,5 Millionen Contos für Militärausgaben vor. Damit belaufen sich die Militärausgaben auf 51 Prozent des Gesamtbudgets (6). Demgegenüber betragen die im Rahmen des Dritten Entwicklungsplans für das gleiche Jahr veranschlagten Ausgaben insgesamt nur 4,3 Millionen Contos (7). Angesichts der Finanzschwäche Portugals ist der Kolonialkrieg – an den drei Fronten Angola, Guinea-Bissau und Moçambique – für Portugal nur durchführbar, solange es von seinen Alliierten, den Industrieländern der westlichen Welt – besonderes der Nato und hier vor allem der Bundesrepublik –, wirtschaftliche, militärische und politische Unterstützung bekommt. (Ein Beispiel einer solchen Unterstützungsstrategie ist das hier abgedruckte britische Geheimdokument, Anm. Hrsg.)

Die portugiesischen Truppen konnten jedoch nicht verhindern, dass die Befreiungsbewegungen heute bereits über ausgedehnte befreite Gebiete verfügen. «Die befreiten Gebiete bilden ... den Rahmen für Veränderungen, die durch die Praxis dieser Volkskriege geschaffen werden. In den entlegenen Gebieten, in denen die Bevölkerung der Willkür der kolonialen Verwaltung ausgesetzt war und weder Schule noch Krankenhaus kannte, ist eine Revolution im Gange ... Auf dem Wege der schöpferischen Zerstörung macht vor allem die Landbevölkerung, unter der Führung der politischen Organe ihrer Organisation, die Erfahrung der Unabhängigkeit» (8). Dies kann auf wirtschaftlicher, sozialer wie auf politischer Ebene beobachtet werden. Auf allen diesen Sektoren werden die Kolo-

nialstrukturen aufgehoben oder zerstört und die Entfremdung wird abgebaut.

Kampf gegen jegliche Unterdrückung

Der bewaffnete Kampf für die Befreiung in den portugiesischen Kolonien bringt etwas Neues für Schwarzafrika. Hier wird nicht nur gegen Kolonialisten gekämpft, sondern gegen jegliche Unterdrückung, gegen jegliche Ausbeutung des Menschen durch den Menschen. Somit ist die Gefahr gebannt, dass die Kolonialisten durch eine einheimische Bourgeoisie ersetzt werden und die Unterdrückung weiterbesteht, wie dies bisher allgemein in den Ländern der Fall war, in denen die Metropolen die politische Macht gekauften einheimischen Bourgeoisien übertragen und dann die Ausbeutung auf neokolonialistischem Weg fortsetzen. Anders ausgedrückt: Der Kampf gegen den portugiesischen Kolonialismus ist revolutionärer Natur.

Portugal wäre nicht in der Lage, längere Zeit dem bewaffneten Kampf der Völker von Angola, Guinea und Moçambique Widerstand zu leisten, wenn es nicht von drei Seiten her über internationale Unterstützung verfügte: über die organische Kooperation der Nato, die finanzielle und militärische Macht der kolonialen Reichtümer interessierten westlichen kapitalistischen Länder und zuletzt über das System gegenseitiger Verteidigung auf der Basis der Achse Pretoria-Salisburg. Weil in den portugiesischen Kolonien ein Klassenkampf der Unterdrückten gegen die Unterdrücker im Gange ist, deshalb wird ihnen nicht wie anderen alten Kolonialgebieten die Unabhängigkeit gewährt. Denn die Interessen des Kapitals könnten in einem unabhängigen Angola, Moçambique und Guinea-Bissau nicht weiter vertreten werden. Noch bedeutsamer aber wäre, dass eine von den Befreiungsbewegungen dieser Kolonien getragene Unabhängigkeit und die damit in diesen ehemaligen portugiesischen Gebieten entstehende

neue Gesellschaft die Völker anderer afrikanischer Staaten zu stärkerer politischer Bewusstwerdung veranlassen könnte.

Ihrer inneren Dynamik nach haben die Fronten für den bewaffneten Kampf in Angola, Guinea und Moçambique im gegenwärtigen Stadium den Charakter von Volkskriegen, die bereits weite Teile der Landbevölkerung von den Schrecken der Kolonialmacht befreit haben. In diesen befreiten Gebieten üben die revolutionären Organisationen eine De-facto-Souveränität aus.

* aus E. de Sousa Ferreira, Portugiesischer Kolonialismus zwischen Südafrika und Europa, Aktion Dritte Welt, Lorettstrasse 20a, D-78 Freiburg im Br.

Anmerkungen

- 1) Péliissier, Campagnes militaires au sud-angola, Cahiers d'études africaines, nr. 33, S. 54 ff.
- 2) Ronald H. Chilcote, Portuguese Africa, Prentice-Hall, Englewood Cliffs 1967, S. 118
- 3) Gérard Chailand, Bewaffneter Kampf in Afrika, Trikont-Verlag, München 1970, S. 13-14.
- 4) Eduardo Mondlane, Kampf um Moçambique, März-Verlag, Frankfurt 1970, S. 141.
- 5) 1960 gab es in Moçambique 4555 assimiliados bei einer Einwohnerzahl von 6 Millionen. Um den Status eines assimiliado zu bekommen, musste der Eingeborene nach § 56 des «Eingeborenstatus» u. a. folgende Bedingungen erfüllen: die portugiesische Sprache beherrschen, ein ausreichend hohes Einkommen für die Ernährung seiner Familie haben, ein gutes Führungszeugnis aufweisen, sich in seinem Verhalten der portugiesischen Gesellschaft anpassen können. – Der Status des assimiliado wurde 1961 formell abgeschafft.
- 6) Diário do governo (Regierungsblatt) 1969, S. 1949.
- 7) Economia e finanças vom 1.1.70, S. 10.
- 8) Mário de Andrade in: Frères du Monde, No. 68, Bordeaux 1970, S. 63.

Ein britisches Geheimdokument: die Strategie der Tories

Dieses (streng geheime) Dokument wurde von der Zeitschrift *Africasia* (Paris, 20. Juli 1970, S. 16-21) veröffentlicht. Es wurde von einem Ad-hoc-Komitee unter Vorsitz des Abgeordneten Sir Frederick Bennett für den «Conservative Commonwealth and Overseas Council» vorbereitet. Es besteht aus einem von dem Komitee verfassten allgemeinen Teil und einer Sonderstudie über die portugiesischen Kolonien, die von dem Komiteemitglied Patrick Orr vorgelegt wurde. Es wird im folgenden in Auszügen und Stichworten wiedergegeben.

Englands (Portugal benötigt vor allem Hubschrauber und Amphibienfahrzeuge) beeinträchtigt stark Portugals Kriegsanstrengungen. Dieser Boykott steht im Gegensatz zu den Interessen der Nato.

Sollte Portugal sich aus Portugiesisch-Guinea zurückziehen oder hinausgedrängt werden, so ergibt sich

1. ein psychologischer Vorteil für die nationalistischen Kräfte in Angola und Moçambique;
2. der Hafen Bissau und der Flugplatz Bissalanca werden in die Hände der Russen fallen;
3. die Stabilität zahlreicher Staaten Westafrikas wird durch die Errichtung eines prosovjetischen Regimes in Bissau bedroht. Sollte Portugal seine Kolonie Guinea verlieren, so würde die PAIGC und die Sowjetunion die Kapverdischen Inseln bedrohen.
- 3a. Viele Bewohner Kap Verdes arbeiten in Guinea; dies erleichtert eine Infiltration von PAIGC-Anhängern und würde zu einer allgemeinen Auswanderung nach Guinea und einer «Unabhängigkeit» führen.
- 3b. Es ist nicht denkbar, dass die Russen der PAIGC bei einer Landung à la Castro in Cap Verde helfen würden.
- 3c. Es ist sicher, dass die Sowjets planen, sich unter dem Vorwand «Befreiung» durch die PAIGC der Kapverdischen Inseln zu bemächtigen. (1)

Allgemeine Schlussfolgerungen

Es gibt keine Anzeichen, die darauf hinweisen, dass Portugal seine Kolonien Angola und Moçambique nicht immer behalten kann. Es lässt sich nichts darauf schließen, dass sich die gegenwärtige Politik ändern könnte. Die britische Politik sollte sich einer Verminderung der Spannungen im südlichen Afrika zuwenden und in Anerkennung der Realität die Beziehungen der unabhängigen afrikanischen Staaten mit Portugal und Portugiesisch-Afrika fördern.

Die britischen Diplomaten in diesen Staaten sollten nach Erhalt entsprechender Instruktionen in diesem Sinn arbeiten. England sollte in Zukunft Portugal nicht mehr im Sicherheitsrat dafür verdammten, dass es sich gegen bewaffnete Angriffe verteidigt. Auf dem Sektor der Kriegsmarine ist Portugal sehr schwach. Im Hinblick auf die Bedeutung der Kapverdischen Inseln sollte England seine gegenwärtige unfreundliche Haltung gegenüber portugiesischen Verbündeten aufgeben und Portugal unterstützen, insbesondere in der Region San Vicente.

Die Aktion «Freiheit für Afrika» der SAFEP

Seit mehr als zehn Jahren herrscht im südlichen Afrika ein unbekannter, besser gesagt ein totgeschwiegener Krieg. Die portugiesische Kolonialarmee kämpft gegen die Unabhängigkeits- und Befreiungsbewegungen in Angola, Moçambique und Guinea-Bissau. In Südafrika und Rhodesien unterdrücken weisse Minderheitsregierungen die afrikanische Bevölkerung. Die immer engere Zusammenarbeit zwischen den Regierungen Portugals, Südafrikas und Rhodesiens lässt befürchten, dass im südlichen Afrika ein mächtiger wirtschaftlicher und politischer Block entsteht, der die weisse Vorherrschaft festigt und eine freie Entwicklung der Afrikaner auf lange Sicht verhindert. Dieser weisse Block kann sich jedoch nur an der Macht halten dank grosser Unterstützung durch westeuropäische Staaten und Grosskonzerne (vor allem England, Deutschland, Frankreich, Belgien), die dabei enorme Gewinne machen, denn Angola, Moçambique und Südafrika sind sehr reich an Bodenschätzen.

Es ist das gute Recht der Afrikaner, sich zu wehren. Doch die Weissen verteidigen ihre Macht mit allen Mitteln, und es droht deshalb ein zweites «europäisches» Vietnam im Süden Afrikas. Die Informationskampagne im Rahmen der SAFEP-Aktion «Freiheit für Afrika» hat zum Ziel, die Schweizer Bevölkerung auf die grauenvollen Leiden der Afrikaner durch Krieg und Rassismus aufmerksam zu machen und darauf hinzuweisen, wie wichtig diese Ereignisse im südlichen Afrika für Europa sind.

Parallel zur Informationskampagne führen wir eine Unterstützungsaktion der Befreiungsbewegungen durch: Kleider, Schulmaterial, Geldsammlung für Medikamente (SAFEP Bern 30-36 064). In einer Petition fordern wir den Bundesrat auf, die Befreiungsbewegungen als rechtmässige Vertreter ihrer Völker zu anerkennen. Weitere Informationen und die Broschüre «Freiheit für Afrika» können bei SAFEP (Schweizerische Arbeitsgruppen für Entwicklungspolitik), Postfach 104, 8024 Zürich, bezogen werden.

Petition an den Schweizerischen Bundesrat

SAFEP (Schweizerische Arbeitsgruppen für Entwicklungspolitik)

Wir, die Unterzeichneten, anerkennen die folgenden Organisationen als rechtmässige Vertreterinnen ihrer Völker:

- In Angola: Movimento Popular de Libertação de Angola (MPLA)
- In Guinea-Bissau und auf den Kapverdischen Inseln: Partido Africano de Indendencia da Gineé e Cabo Verde (PAIGC)
- In Moçambique: Frente de Libertação de Moçambique (FRELIMO)
- In Südafrika: African National Congress (ANC)
- In Rhodesien: Ziwabwe National Union (ZANU), Zimbabwe Africans Peoples Union (ZAPU), African National Council (ANC)
- In Namibia (Südwestafrika): South West African People's Organisation (SWAPO)

Wir sind bereit, jede andere Unabhängigkeits- und Befreiungsbewegung zu anerkennen, die das betreffende Volk repräsentativ vertritt und auf dessen Befreiung hinarbeitet.

Wir fordern den Bundesrat auf, im Namen des Schweizervolkes die obgenannten Organisationen zu unterstützen und ihre Anerkennung als rechtmässige Vertreter in jedem einzelnen Fall zu prüfen.

(Name, Vorname, Adresse) _____ Unterschrift _____

Bitte einsenden an: SAFEP, Postfach 104, 8024 Zürich.

Aus der Schliessung des Suezkanals ergibt sich die Notwendigkeit der Kontrolle über die Länder der Kap-Route, damit der Transport auf dieser Route gesichert ist.

- a) Erhöhter Handels- und strategischer Wert dieser Route wegen der Schliessung des Suezkanals.
- b) Für die westlichen Alliierten ist der Suezkanal praktisch wertlos geworden, da die grossen Handelsschiffe und vor allem die Oeltanker für Suez zu gross sind.
- c) Ein grosser Prozentsatz des Nato-Handels spielt sich über die Kap-Route ab.
- d) Die Route führt nach Südafrika, einem der wichtigsten Handelspartner Grossbritanniens.
- e) Oeltransporte vom Vorderen Orient nach Europa und Nordamerika gehen über die Kap-Route;
- f) Die Route ist für den Weg nach Asien, Australien und Neuseeland von strategischem Wert.

Bedrohung der britischen Interessen

- a) An der südafrikanischen Küste oder im Binnenkontinent könnten bewaffnete Angriffe vorkommen (auch ohne Krieg), ohne eine sofortige Antwort zu implizieren, wie dies im Nato-Gebiet der Fall wäre.
- b) Da die Route als Nicht-Nato-Gebiet besonders verletzlich ist, könnten Kriege ihre Sicherheit bedrohen, zum Beispiel durch direkt von den Kommunisten inspirierte und unterstützte Angriffe gegen Angola, Moçambique, Portugiesisch-Guinea, Rhodesien und Südafrika (...). Die Russen und vielleicht auch die Chinesen könnten leicht ihre Kriegsschiffe in Sansibar oder Cap Verde stationieren. Diese letztere Möglichkeit ergibt sich eventuell, wenn der kommunistisch inspirierte Aufstand in Portugiesisch-Guinea Erfolg hat.
- c) Die wachsende Konkurrenz, die die Sowjetunion auf dem Gebiet des Handels- und der Marine dem Westen macht, stellt eine unerschwingliche Drohung dar.

1) Dasselbe wird sinngemäss angeführt für Angola und Moçambique.

Vorschläge für notwendige Massnahmen

- a) Auf dem politischen Sektor wird der erste Schritt die Wiederherstellung der Beziehungen mit Südafrika auf der Basis gemeinsamer Interessen sein, Verbesserung des Handels zwischen beiden Ländern und Lieferung von Waffen an Südafrika. Ebenso Beendigung der Sanktionen gegen Rhodesien. Andernfalls besteht die Gefahr, dass Südafrika politisch isoliert und dadurch gezwungen wird, neutral zu werden. Dies würde den Verlust der Flottenbasis Simonstown bedeuten.
- b) Unterstützung der afrikanischen Staaten, die Portugal, Rhodesien und Südafrika positiv gegenüberstehen.
- c) Erneuerung des Abkommens von Simonstown.
- d) Gemeinsame Übungen der südafrikanischen und englischen Marine.
- e) Benutzung der anglo-portugiesischen Allianz, um zu Verteidigungsabkommen im Südatlantik zu kommen. In diesem Zusammenhang muss besonders an die Häfen Beira (Moçambique), Lobito (Angola) sowie an die Häfen Kap Verdes gedacht werden.
- f) Förderung einer Allianz England-Südafrika-Argentinien-Brasilien.

Weiterin:
Verstärkung der britischen Präsenz entlang der Kap-Route,
1. Luftwaffen der Region,
2. Atom-U-Boote zur Unterstützung Südafrikas,
3. Ideen einer schwimmenden Basis mit Senkrechtstartern.

Die Sicherheit Portugiesisch-Afrikas

Die gegenwärtig unmittelbare Bedrohung der Sicherheit der Kap-Route kommt aus Portugiesisch-Guinea. Diese Kolonie ist nur klein, aber wichtig einerseits wegen Kap Verdes mit seiner Flottenbasis San Vicente und dem Luftstützpunkt Sal, andererseits weil es zusammen mit den anderen portugiesischen Kolonien betrachtet, eine vitale strategische Bedeutung gewinnt. Der Waffenlieferungsboykott von seiten

Stipendienstatistik scharf beobachtet

Ungerechtigkeit als Dauerzustand

Jahr für Jahr werden die Ausgaben für Stipendien erhöht. Rasch sind denn auch von offizieller Seite die Statistiken zuhand, die nachweisen sollen, dass unser System der Ausbildungsfinanzierung so übel nicht sei, Zeitgast auf den ersten Blick tatsächlich überraschende Anwachsen der Gesamtaufwendungen für Stipendien einen grundsätzlichen Wandel im skandalösen Zustand der hiesigen Art der Studienfinanzierung an? Heilt sich das Stipendienwesen gewissermassen von selbst? – Beleuchtet man die einschlägigen Statistiken und deren Hintergründe erst einmal etwas genauer und sieht man die einzelnen Daten etwas genauer an, kommt es zu einer ernüchternden Antwort auf die gestellte Frage: das heutige Stipendienwesen kann sich nicht aus der eigenen Misere befreien. Die Erhöhungen bleiben im bloss Quantitäten stecken. Erst eine echte Verbesserung brächte eine qualitative Aenderung. – Alle im Text erwähnten Zahlen sind der VSS-Dokumentation über das Stipendienwesen entnommen.

Im Jahr 1971 wurden gesamtschweizerisch 66 786 699 Franken für Stipendien ausgeschüttet. Ein Jahr später waren es deren 97 828 119 Franken. Das entspricht einer Steigerung von 46%. Will man herausfinden, wieviel davon letztlich dem einzelnen Stipendienempfänger zugute kam, so greift man am besten auf eine Gliederung der Aufwendungen für Ausbildungsfinanzierung zurück. Demnach hängt eine Veränderung der Ausgaben für Stipendien vom Wandel folgender Faktoren ab:

- Anzahl der Stipendiaten
- Teuerung
- Reelle Erhöhung der einzelnen Stipendien.

Um auf den Erhöhungsfaktor, der allein über die wirkliche Verbesserung (oder Verschlechterung) aussagen kann, zu kommen, muss man die nominelle Erhöhung via Faktoren Anzahl und Teuerung «deflationieren». Den Faktor Anzahl kann man dabei relativ leicht aus dem Spiel lassen, indem man nicht auf die Gesamtsumme der Aufwendungen abstellt, sondern auf die durchschnittlich – d.h. pro Bezüger – ausgeschütteten Stipendien zurückgreift. Für diese lauten die entsprechenden Jahreswerte: Durchschnittsstipendiaten: 1970 1501 Franken pro Jahr, 1971: 2007 Franken pro Jahr.

In der Folge muss der Durchschnittswert von 1970 indiziert werden. Diese Indizierung gibt an, wieviel von der gesamten Erhöhung nur nominell ist, d.h. faktisch lediglich einen Teuerungsausgleich und noch keine reelle Erhöhung darstellt. Rechnet man für 1971/1972 mit einer Teuerungsrate von 6%, so kommt man auf den Wert 1590 Franken. Die Differenz zwischen dieser letzten Zahl und 2007 entspricht nun in etwa der effektiven Erhöhung, die dem einzelnen Stipendiaten zugute kommt. Es handelt sich um eine Steigerung von rund 26%. Im Jahr 1971 wurden also durchschnittlich um ein Viertel höhere Realstipendien ausbezahlt als im Jahr 1970. Die hohe Differenz zur Steigerung der Gesamtausgaben (46%) ist überraschend. Dies zeigt auch, dass nur starke Erhöhungen der Gesamtausgaben auf diesem Sektor das Stipendienwesen aus dem desolaten Zustand, in dem es sich nach wie vor befindet, herausführen könnten.

Wer glaubt, durch die Erhöhung der Gesamtausgaben für Stipendien seien die Unterschiede zwischen den einzelnen kantonalen Leistungen ausgeglichen

worden, sieht sich schnell einmal enttäuscht: Nach wie vor bestehen grosse Differenzen. So bezahlte Zürich im Jahr 1971 mit 4229 Franken das höchste Durchschnittsstipendium (bezogen auf sämtliche Kategorien von Stipendienbezüger). Am anderen Ende der entsprechenden Statistik rangiert Uri mit lediglich 964 Franken. Ähnlich massive Ungleichheiten stellt man bei den Hochschulstipendien fest. Die Extreme heissen hier: Zürich mit 5222 Franken und Nidwalden mit 1560 Franken.

Hat sich aber die Steigerung der Gesamtausgaben nicht dennoch in irgendeiner Art positiv auf die schlechteren Stipendienleistungen ausgewirkt? Zur Beantwortung dieser Frage zieht man die Entwicklung der Stipendien für Hochschulstudien in der Periode 1968–1971 heran.

Regionale Chancengleichheit

Wiederum müssen die Werte von 1968 indiziert werden; nur so ist es möglich, eine genaue Aussage über die reelle Steigerung zu machen. Die entsprechende Teuerungsrate ist ca. 10%, so dass man auf den indizierten Wert 1968 +10% kommt. Die nominelle Erhöhung in der Periode 1968–1971 kann nun sein:

- Eine substantielle Steigerung der Stipendienleistungen. Als sustantiell soll hier die Erhöhung definiert werden, penderleistungen. Als sustantiell soll hier eine Erhöhung definiert werden, die 20% über dem Wert 1968 +10% liegt (nominell also: 10% Teuerungsausgleich plus darüber, hinaus 20% Realerhöhung)
- eine durchschnittliche Erhöhung (reelle Erhöhung unter 20%)
- eine Erhöhung, die die Inflation knapp ausgeglichen hat. Darunter wird verstanden: Wert 1968 +10% plus eine reelle Erhöhung, die nominell weniger als 100 Franken beträgt.
- eine Erhöhung, die nicht einmal die Teuerung ausgeglichen hat.

Die einzelnen Kantone reihen sich folgendermassen in die vier Gruppen ein:

- Substantielle Erhöhung: insgesamt 8 Kantone, nämlich ZH, BE, SZ, OW, FR, SO, SH, TI.

Es muss allerdings beachtet werden, dass eine «substantielle Erhöhung» im Fall des Kantons ZH, der von 2670 auf 5222 Franken steigerte, etwas anderes

bedeutet als die entsprechende Steigerung des Kantons SH von 1290 auf 2321!

- Durchschnittliche Erhöhung: insgesamt 8 Kantone, nämlich GL, ZG, BS, BL, AG, TG, VD, GE.
- Teuerung knapp ausgeglichen: insgesamt 7 Kantone, nämlich LU, NW, AR, SG, GR, VS, NE.
- Nicht einmal Teuerung ausgeglichen: insgesamt 2 Kantone, nämlich UR und AI.

Auch hier muss wiederum beachtet werden: Das Durchschnittsstipendium von AI im Jahr 1971 (3083 Franken) ist immer noch höher als jenes von SH (2321 Franken), das in die Kategorie substantielle Erhöhung eingestuft ist.

Zusammenfassend lässt sich folgende Schlussfolgerung ziehen: Die gesamtschweizerische Steigerung von 2250 (1968) auf 3411 (1971), die nach der vorliegenden Definition an und für sich als substantiell eingestuft werden müsste, geht allein auf das Konto einiger weniger Kantone. Zieht man zudem in Betracht, dass lediglich das Durchschnittsstipendium von ZH (eingermessen) als bedarfsdeckend bezeichnet werden darf, so kommt man zum Schluss, dass das jetzige Stipendienwesen die regionale Chancengleichheit nicht abbaut, sondern perpetuiert.

Das Märchen von der Finanzschwäche

Die starken Unterschiede zwischen den einzelnen kantonalen Stipendienleistungen werden gemeinhin mit der Finanzschwäche von einzelnen Kantonen erklärt: Allein die finanzstarken Kantone könnten sich Ausgaben für Stipendien leisten. Dieser Behauptung kann man zu Leibe rücken, in dem man die Leistungen der einzelnen Kantone mit der jeweiligen Finanzstärke vergleicht. Damit sich ein abgeschlossenes Bild ergibt, stehen folgende Indikatoren stellvertretend für die Gesamtleistung der einzelnen Kantone:

- Aufwendungen pro Kopf der Bevölkerung für sämtliche Stipendien
- Aufwendungen pro Kopf der Bevölkerung für Hochschulstipendien

- Durchschnittsstipendien für alle Bezüger
- Durchschnittsstipendium nur für Hochschulstudien

Das Ergebnis einer auf diese Weise durchgeführten Indikatorenanalyse ist wiederum verblüffend:

- Finanzschwache Kantone tendieren nur beschränkt zu schlechteren Stipendienleistungen als die anderen Kantone. Nur was das Durchschnittsstipendium für Stipendiaten insgesamt betrifft, stellen sie sich eindeutig schlechter.

Finanzschwache Kantone tauchen aber alle – mit Ausnahme von VS – bei mindestens einem der Indikatoren in der Kategorie unterdurchschnittliche Leistungen auf.

- Mittelstarke Kantone tauchen in der Kategorie unterdurchschnittliche Leistungen häufiger auf als die finanzschwachen Kantone (Ausnahme: Durchschnittsstipendium Stipendiaten insgesamt).

- Der fast finanzschwache Kanton TI findet sich bei zwei Indikatoren in der höchsten Kategorie. In den zwei übrigen Fällen hält er sich im Mittelfeld.

- Von den 6 finanzstarken Kantonen tauchen einer (ZH) regelmässig (viermal) in der Gruppe der überdurchschnittlichen Leistungen auf, drei (BL, BS, GE) regelmässig (viermal) in der Gruppe der durchschnittlichen Leistungen auf, zwei (ZG, AG) regelmässig (dreimal) in der Gruppe der unterdurchschnittlichen Leistungen auf.

Diese Beobachtungen lassen folgende Schlussfolgerungen zu: Das Argument, dass die Finanzstärke über die Höhe der Aufwendungen entscheidet, ist nur bedingt richtig. In vielen Fällen (Extrem: ZG) geht es nicht um ein Nichtkönnen, sondern um ein Nichtwollen. Es drängt sich hier einmal mehr das – freilich vereinfachte – Erklärungsschema auf, nach welchem für den Sektor Bildung nur im beschränktem Rahmen finanzielle Mittel bereitgestellt werden, da auf diesem Gebiet keine unmittelbar verwertbaren Leistungen zu erwarten sind.

Das Grundübel bleibt

Erhöhungen der Aufwendungen für Stipendien, partielle Revisionen der kantonalen Stipendienreglemente und



Ausweitungen der Bundessubventionen können es nicht verdecken: Das Stipendienwesen bleibt seiner Unzulänglichkeit verhaftet. Auch seine Grundübel können mit bloss quantitativen Retouchen nicht behoben werden. Noch immer sind die folgenden Aussagen über das heutige Stipendienwesen gültig:

● Das heutige Stipendienwesen hindert den einzelnen Studenten daran, den Schritt in die ihm formell zugestandene Mündigkeit auch tatsächlich nachzuvollziehen, da er während seiner ganzen Ausbildungszeit an sein Elternhaus bzw. an dessen ökonomische Leistungsfähigkeit gebunden bleibt und so in einer künstlich verlängerten Kindersituation festgehalten wird.

● Das Stipendienwesen scheidet die Studenten in die zwei Kategorien der Bezüger und Nichtbezüger, für die jeweils andere Verhaltensnormen gelten. So muss der Stipendiat spezielle Leistungskontrollen auf sich nehmen; sein Studienmisserfolg kann zusätzlich durch den Entzug der Unterstützung sanktioniert werden.

● Das Stipendienwesen diskriminiert: Es stempelt den Stipendiaten zum Sonderfall, der durch sein Gesuch auf Unterstützung seine ökonomische Bedürftigkeit demonstrieren muss.

Diese Grundübel könnten nur überwunden werden, wenn die staatliche Ausbildungsfinanzierung potentiell jedem offenstünde, kurzum zum theoretischen Normalfall würde. Doch solch essentieller Umgestaltung des Systems der Studienunterstützung, wie sie etwa das Lausanner Modell anstrebt, scheint man hierzulande nicht gewogen zu sein. So bleibt gültig, was Toni Lienhard kürzlich im «Tages-Anzeiger» festhielt: «Das heutige Stipendienwesen der Schweiz ist ungerecht, ungenügend, veraltet, unsozial, unübersichtlich.»

Vorstand VSS

++ redaktionelles ++ redak

Zugeben, eine Zeitung im Nebenamt zu machen, ist einfach: Man leert zweimal pro Woche den Briefkasten, nistet sich in die Adresskarteien verschiedener Pressedienste ein und liest mehr oder weniger regelmässig Tageszeitungen; fällt einem bei besagter Lektüre etwas ein, ist der Gedankensprutz in die Maschine zu tippen. Oberflächlich. Titel: Irgendwas. Inhalt: einerseits, andererseits, es ist zu hoffen, dass ... usw.

Die andere Möglichkeit ist weit zeit- aufwendiger zu verwirklichen und ihm schwerer zu beschreiben. Wir stellen uns aber vor, dass zum Zeitungsmachen Kontakt mit und Reflexion über das Zielpublikum gehört, weiter eine Diskussion über das, was man gemeinhin Gesellschaft nennt. Dann sollte man sich Informationen holen, nicht nur anlesen. Und dazu ein scharfer Wind der Kritik innerhalb der Redaktion. Erst darauf kommt die Semestereplanung, das Besprechen der einzelnen Nummern und so weiter.

Ein Ergebnis des Versuchs, in dieser Art eine Zeitung ohne Monatslohn zu machen, ist «konzert». Im Frühling 1972 entschlossen wir uns, den zweiten Bund des zürcher studentens an allen deutschschweizerischen Hochschulen zu verteilen. Grund: hochschulpolitische und bildungswissenschaftliche Probleme verlagern sich immer mehr auf eidgenössische Ebene (Numerus clausus, BV 27, Hochschulbau und -gründungen). Zudem sind die Bedürfnisse nach allgemeiner Information

nicht lokal begrenzt, und schliesslich macht ein optimal abgedecktes Zielpublikum unsere Zeitung auch für die Werbung interessanter, ein Faktor, der bei den heutigen Herstellungskosten und Teuerungsraten im graphischen Gewerbe nicht zu unterschätzen ist. Finanziert werden die Mehrausgaben für «konzert» mit den Mehreinnahmen aus Inseraten und Abonnements. Seit Herbst 1972 ist «konzert» auch am Kiosk zu kriegen. Der Erfolg des Kioskverkaufs gibt uns recht: Immer mehr Leute wollen kritische Analysen, alternative Information und fundierte (so hoffen wir) Kritik lesen.

Seit einiger Zeit nun sind wir daran, «konzert» zu konsolidieren und ihm eine breitere Basis zu geben. Die Studentenschaft Zürich, der Verein der Studierenden an der ETH und der VSS wollen gemeinsam mit den lokalen Studentenschaften und andern Zielgruppen mit ähnlichen Informationsbedürfnissen eine gesamtschweizerische Zeitung herausgeben. Die Statuten dieses zu gründenden Vereins wurden am 15. Juni vom VSS-Delegiertenrat verabschiedet und sind jetzt im parlamentarischen Verfahren der Zürcher Uni- und ETH-Studentenschaften. Einen Zeitplan für die Verwirklichung dieser gesamtschweizerischen Zeitung anzugeben ist schwierig; wir werden Sie, lieber Leser, aber auf dem laufenden halten. Auch das gehört zu einer Zeitung, finden wir.

Redaktion «konzert»

Stellungnahme

Zum Artikel «Der reformorientierten Studententypik soll ein Ende gemacht werden» in der «Schweizerischen Studententzeitung» Nr. 8

Dem Artikel «Der reformorientierten Studententypik soll ein Ende gemacht werden» von M. Rhonheimer in der «Schweizerischen Studententzeitung» muss einiges zugute gehalten werden: Er stellt unmissverständlich fest, dass sich an der Universität Zürich, seitdem dort reformorientierte Studententypik betrieben wird, ein Desinteresse in der Studentenschaft breitgemacht hat. Er stellt weiter fest, dass die POCH-Hochschulgruppen den Rechtskräften an der Uni den Kampf angesagt hat. – Die POCH will tatsächlich ähnlich wie in Basel und Bern den Kampf sowohl an der Basis als auch in der offiziellen Studentenschaft führen und eine Politik betreiben, die es auf die Wurzeln der kapitalistischen Hochschulpolitik abgesehen hat. Die Alternative ist wie gehabt ein hilfloses Herumflücken an einer Ausbildungsstätte, die in Wirklichkeit im Dienst der herrschenden Politik und Ökonomie in möglichst reibungsloser und effizienter Weise Arbeitskräfte herstellen muss. Eine Interessenpolitik, wie sie die POCH versteht, verhindert eine Isolierung der Studententypik zu einem universitären Phänomen. Deshalb auch sind die POCH-Hochschulgruppen nur ein Teil eines Ganzen, nämlich einer Organisation, die den Aufbau einer einheitlichen Kommunistischen Partei in der Schweiz vorantreibt.

Im Artikel stehen aber auch andere Sätze, die eindeutig unter der Gürtellinie liegen und auf die nur eingegangen werden muss, weil mit ihnen der Wahlkampf für die Studentenschaft geführt werden soll.

Die POCH habe es «auf das Geld der Zürcher Studentenschaft abgesehen, um eine leninistische Partei aufzubauen». Ich empfehle M. Rhonheimer, die Geschäftsbücher der Basler und Berner Studentenschaft sorgfältig zu studieren. Seit 1969 ist die POCH im Basler Vorstand und wurde gerade im letzten Semester mit grosser Mehrheit wiedergewählt. Was bewegt wohl die Studenten zu solchen Wahlentscheidungen? Hält sie Rhonheimer etwa für dumme oder irreführende? Nachdem er gegen «Egalitarismus» und «Chancengleichheit» zu Felde gezogen ist, liegt das nahe.

Im Artikel wird der Versuch gemacht, eine «ausgesprochen Prosozialistische Einstellung» der POCH durch folgenden Satz zu belegen: Ein POCH-Vertreter und VSS-Vorstandsmitglied «findet es in Ordnung und zum Sozialismus gehörend, dass an der innerdeutschen Grenze Menschen niedergeschossen werden». Der kalte Krieger Rhonheimer hofft wohl, vor der Wahl mit dem Wort «prosozialistisch» einige anti-kommunistische Gefühle gegen die POCH mobilisieren zu können.

Nun zur «Mauer»: Rhonheimer musste vor dem VSS-Parlament zugeben, dass er diese Aussage mündlich aus zweiter Hand habe. Ein Indiz dafür, dass sie nicht von der POCH stammen kann. – Es ist absolut ungläubwürdig, und verrät die Absicht, wenn die

Die BIOLOGIE PILOT-GRUPPE der Schweiz. Studienreformkommission sucht einen

Sekretär(in)

für eine gut bezahlte Halbtagsstelle. Arbeitsplatz Zürich. Anforderungen: abgeschlossenes Hochschulstudium

- (vorzugsweise in Biologie)
- Interesse an Studienfragen
- Organisationstalent
- Verhandlungsgeschick
- Gewandtheit im schriftlichen Ausdruck

Ihre Offerte nimmt gerne entgegen: Sekretariat des Zoologischen Institutes der Universität Zürich, Künsterlegasse 16, 8006 Zürich, Telefon 34 61 34.

Ein DR-Beschluss

Die «Schweizerische Studententzeitung (SSZ)» Nr. 28 hat in einem von Martin Rhonheimer (Mitglied des Delegiertenrats des VSS) verfassten Artikel ein VSS-Vorstandsmitglied in üblicher Weise verleumdet, indem ihm unter anderem, er finde es «in Ordnung und zum Sozialismus gehörend, dass an der innerdeutschen Grenze Menschen niedergeschossen werden.»

Der 35. Delegiertenrat des VSS verurteilt mit grosser Mehrheit das Vorgehen des betreffenden Delegierten und distanziert sich in aller Schärfe von dieser Art von Journalismus.

Beat Schneider, Bern VSS-Vorstand

Zürichs grösste Auswahl

Tolle Tschüms i jeder Form poschlet me bim Willy Korn

Jean-Shop beim Poly
Sonneggstrasse 21 8006 Zürich

Gratisanpassung Legi 5% Rabatt
Auswahlen in die ganze Schweiz

jobs

Stellen-
anzeiger

für Studenten
der Hochschulen, Techniken und Lehrerseminare



Wirtschaftsabteilung

Als weltweit tätiges Unternehmen ist es unsere Aufgabe, die internationale Entwicklung in den verschiedenen Belangen laufend zu verfolgen. In unserer **Sektion Volkswirtschaft** eröffnet sich daher einem jungen

Volkswirtschaftler

ein interessantes und abwechslungsreiches Tätigkeitsfeld. Zu seinen Aufgaben gehören Zeitschriften- und Literaturauswertung, volks- und versicherungswirtschaftliche Studien, Marktanalysen sowie integrations- und währungspolitische Studien.

Für diese Position sollten Sie einen Hochschulabschluss, Fremdsprachenkenntnisse sowie Gewandtheit im schriftlichen Ausdruck mitbringen. Erfahrung in einer ähnlichen Tätigkeit ist nicht Bedingung. Sie werden auf jeden Fall gründlich in Ihr neues Arbeitsgebiet eingeführt.

Nebst einer anforderungsreichen Aufgabe finden Sie bei uns selbstverständlich neuzeitliche Anstellungs- und Arbeitsbedingungen.

Gerne erwarten wir Ihre Bewerbung oder Ihren Anruf.

SCHWEIZERISCHE RÜCKVERSICHERUNGS-GESELLSCHAFT

Personabteilung, Mythenquai 60, 8022 Zürich
Tel. 25 88 00, intern 234

Neu
für Ihre
Seminar-
und Doktor-
arbeit

Dr. G. Gerhards
Seminar-, Diplom- und Doktorarbeit
Empfehlungen und Muster zur Ge-
staltung von rechts- und wirtschafts-
wissenschaftlichen Prüfungsarbeiten.
Uni-Taschenbücher 217, 1973,
148 Seiten, kartoniert 15.40.

Verlag Paul Haupt Bern
und Stuttgart

haupt

Wir suchen
**Hilfs-
arbeiter
Magaziner
Packer**

132 2179

für einige Wochen oder Monate
kostenlose Anmeldung
in Zürich, Rennweg 57, 32 06 96
MANPOWER
temporäre Arbeit für alle Berufe

Zimmer ab Herbst gesucht? Ein
Kleininserat in «konzept» ist bil-
liger als ein Makler: es kostet
nur Fr. 12.--.

Die Pädagogische Abteilung der kantonalen Erziehungsdirektion sucht für ein erziehungswissenschaftliches Projekt:

100 Interviewer

Die Interviews werden in der Zeit September/Oktober und November/Dezember durchgeführt und einzeln entschädigt.

Vorkenntnisse sind keine erforderlich.

Melden Sie sich bitte bei:

Herrn H. Haefeli oder Fräulein R. Naef,
Pädagogische Abteilung, Haldenbach-
strasse 44, 8006 Zürich, Tel. 34 61 16.

Buchhandlung Programm

Zeughausgasse 20, 3. Stock (Lift)
3000 Bern 7 / Tel. (031) 22 80 11

Unsere Buchhandlung befindet sich jetzt in 3 hellen, grossen und wohllichen Räumen. Teilen Sie uns Ihre Adresse mit. Wir versenden regelmässig Kataloge.

Für jeden Beruf

gut bezahlte
Arbeit

MANPOWER

weiss wann und wo
In Zürich: Rennweg 57, 32 06 96

Buchhandlung PROGRAMM
Spitalgasse 4, 3001 Bern
Tel. (031) 22 80 11

Fried, Erich:

Die Freiheit, den Mund aufzumachen

Gedichte, Berlin 1972
67 Seiten, broschiert, Fr. 7.50

Bringen Sie Ihre wissen-
schaftlichen Arbeiten dem erfahrenen Spezialisten:
schafflichen Arbeiten AG, Basteiplatz 5, 8001 Zürich
Juris Druck + Verlag AG, Basteiplatz 5, 8001 Zürich
Telefon 01 / 27 77 27

Kennen Sie

den jede Woche erscheinenden
Stellen-Anzeiger des Bundes mit den
vielen interessanten Angeboten?



Verlangen Sie telefonisch oder mit
Postkarte eine Probenummer der
neuesten Ausgabe!

EIDG. PERSONALAMT
Stellennachweis
3003 Bern Telefon 031/6155 95

Gute

BÜCHER

für wenig Geld!

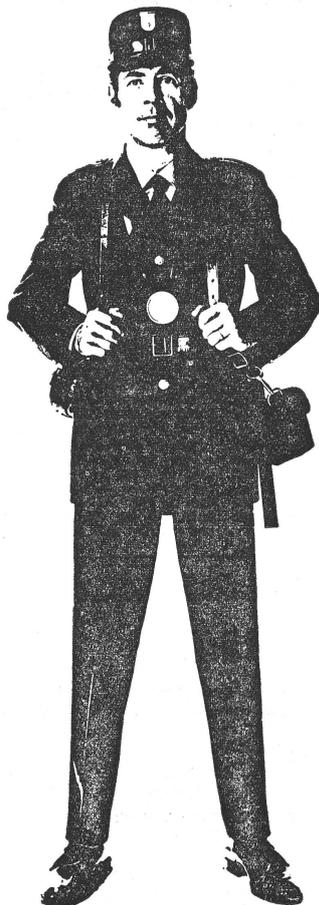
Restauflagen zu stark herabgesetz-
ten Preisen!

Alles verlagsneue Exemplare!

Gratisprospekt verlangen!

Schwyn-Versand
Unterstadt, 8200 Schaffhausen
Telefon (053) 5 95 11

Studenten arbeiten als Securitas- Wächter



Einsatzmöglichkeiten:

Nebenbeschäftigung
im stundenweisen Einsatz
an Veranstaltungen aller Art.

Nebenbeschäftigung
während einzelner Nächte
über längere Zeit.

Vollbeschäftigung
als Nachtwächter während
mindestens vier Wochen.

Kurzfristige Vollbeschäftigung
im Ordnungs- und Kontrolldienst
an Ausstellungen.

Unser Personalchef orientiert Sie
gerne über unsere Anstellungs-
bedingungen.

SECURITAS AG

Schweizerische
Bewachungsgesellschaft

Filiale Zürich Militärstrasse 24
8021 Zürich, Telefon (01) 39 33 11

(auch zuständig für Baden,
Brugg, Rapperswil und Uster)

Menschen, Güter, Dienstleistungen versichern, heisst vielen Menschen viele bieten.

Nicht nur als Versicherer, sondern auch als
interessante Arbeitgeberin, deren Tätigkeitsbe-
reich sich aus Hunderten von Sachgebieten
zusammensetzt. So sind die Chancen für Mit-
arbeiter gross, die der Ausbildung sowie den
Fähigkeiten und Neigungen entsprechende Stelle
bei der Winterthur-Gruppe zu finden.

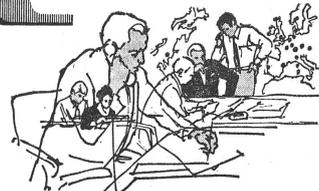
Sie planen Ihre Zukunft.

Wir auch.

Vielleicht können wir es gemeinsam
tun. Darum sollten wir uns
kennenlernen.

Wir freuen uns, wenn Sie mehr über
Ihre Möglichkeiten bei uns wissen
wollen. Rufen Sie einfach Tel.
052/85 11 11 und verlangen Sie
den Personalchef.

Sie können sich auch an die Ihnen
nahegelegene Regionaldirektion
wenden und dort den für Personal-
fragen zuständigen Mitarbeiter
sprechen.



Winterthur
UNFALL

Wann eröffnen Firmen Zweigbetriebe?

Hier unfreie Hände — da ein allmächtiger Kopf

Im letzten «konzept» gingen wir im Rahmen einer Betriebsanalyse auf das Problem der fortgeschrittenen Arbeitsteilung in einem Fabrikationsunternehmen der technischen Branche, insbesondere auf die Konsequenzen, die daraus für den Arbeiter im Betrieb resultieren, ein.* Ueber das Phänomen der Arbeitsteilung hinaus ist für viele Grossunternehmen heute ein weiteres typisch: die Entstehung mehr oder weniger zahlreicher Zweigbetriebe. Ein Betrieb, der nach marktwirtschaftlichen Grundsätzen funktioniert, ist gezwungen, sich ständig

zu vergrössern. Oft treten dabei aber enorme Schwierigkeiten auf. So können in wirtschaftlichen Ballungsgebieten die Arbeitskräfte oder die Raumverhältnisse knapp werden. Eine Möglichkeit, dem abzuhelfen, ist die Dezentralisierung: Man eröffnet Zweigbetriebe. Unter welchen Voraussetzungen solche Zweigbetriebe eröffnet werden und welchen Zweck sie erfüllen, soll hier am Beispiel einer Schweizer Firma dargestellt werden. Ihr Name tut nichts zur Sache: sie steht lediglich als Beispiel.

Nach eingehenden Untersuchungen, wobei auch staatliche Institutionen und Behörden zu Rate gezogen wurden, entschied sich die von den Autoren untersuchte Firma bei der Wahl des Standortes ihres Zweigunternehmens für die Region Palézieux (VD). Diese Gegend war industriell wenig entwickelt und wies einen grossen Geburtenüberschuss auf. Dies versprach, das notwendige Potential an Arbeitskräften zu gewährleisten. Auch die Bodenpreise dürften deshalb niedrig gewesen sein. Um der Bodenspekulation vorzuziehen, kaufte die Firma im Februar 1962 gleichzeitig grössere Areale in der Industrie- und in der Wohnbauzone.

Billiges Arbeitskräfte-reservoir

Trotz der wirtschaftlichen Unterentwicklung war das Gebiet durch die Hauptseilbahnlinie Bern-Lausanne und die Nebenlinien Châtel-St-Denis und Oron-Moudon gut erschlossen und wird auch in Zukunft dank der projektierten Autobahn Genf-Lausanne-Wallis den Anschluss nicht verpassen.

Das Unternehmen hat also eine in vielen Hinsichten glückliche Lösung getroffen: Palézieux erfüllt einerseits die absolut notwendigen Anforderungen nach Arbeitskräfteüberschuss und Bodenreserven, andererseits hat es nicht den üblichen Nachteil solcher Gebiete, abgesehen zu sein und damit die Transporte zwischen Stamm- und Zweigbetrieb zu erschweren.

Fiskalische Vorteile

Es ist nicht ausgeschlossen — allerdings schwer zu überprüfen —, dass bei der Errichtung von Zweigunternehmen wie dem erwählten steuerliche Gründe mit im Spiel sind. Denn nicht nur erhält eine Firma bei der Eröffnung eines Zweigbetriebs in abgelegenen Gebieten oft erhebliche Steuervergünstigungen, sondern die Tatsache, dass sie an zwei Orten etabliert ist, öffnet ihr zahlreiche Möglichkeiten, Gewinne in den Kanton mit dem niedrigeren Steuerfuss zu transferieren bzw. nicht als solche erscheinen zu lassen. Die Ansiedlung des Betriebs an der Grenze eines (unterentwickelten) Kantons mit hohem Steuerfuss ermöglicht es weiter, das Arbeitskräfte-reservoir auszunützen, wobei das Kader im Kanton mit dem niedrigeren Steuerfuss wohnen kann. So liegt zum

Dieser Bericht wurde verfasst von Felix Meier, Ernst Messner, Walter Ott, Bernhard Rigling, Felix Ritter und Rudolf Schmitz.

Beispiel Palézieux in einer Zunge, die der Kanton Waadt in den Kanton Freiburg vorstreckt. Der Kanton Waadt hat einen Einkommenssteuerfuss von 108, der Kanton Freiburg, aus dem rund drei Viertel aller Angestellten des Betriebs stammen, mit 129 den höchsten Einkommenssteuerfuss der Schweiz.

Die Infrastruktur einer Region, für die ein neuer Betrieb oft eine nicht unerhebliche Zusatzbelastung darstellt, wird nicht vom Unternehmen, sondern von den Steuerzahlern bezahlt. «Die Situation auf dem Personalsektor zwingt zur Dezentralisierung. Aus betriebswirtschaftlichen Gründen sollten diese Werkstätten eine Mindestgrösse nicht unterschreiten, was wiederum eine genügend ausgebaute Infrastruktur in der Region, in die der Zweigbetrieb geplant wird, erfordert.» (Aus der technischen Kundenzeitschrift der Firma.)

Keine Hilfe für die Region

Entsprechend seiner ländlichen Struktur ist das Gebiet locker besiedelt. Dieser Tatsache kann aber ein Zweigbetrieb einer grossen Firma nicht Rechnung tragen, denn dazu müsste er sich in kleine Teilbetriebe aufsplitten,

was unrentabel wäre. Die untersuchte Firma löste dieses Problem, indem sie den Zweigbetrieb an den Rand des zukünftigen Einzugsgebiets stellte, an einen Ort, der verkehrstechnisch für den Güter- wie für den Arbeitertransport bereits erschlossen war. Diese Erschliessung hat die Firma keinen Rapen gekostet. Daran sieht man, dass es ihr keineswegs darum gegangen sein kann, dem unterentwickelten Gebiet auf die Beine zu helfen, denn sonst hätte sie wohl den Zweigbetrieb in seine Mitte stellen müssen. Sie schreibt in ihrer technischen Kundenzeitschrift: «Durch die Eröffnung von Niederlassungen ausserhalb der städtischen Zentren wird auch der volkswirtschaftlich unerwünschten Zusammenballung entgegengekört.» Dem kann man entgegenhalten, dass durch die Wahl von Palézieux als Standort eben gerade die Abwanderung aus den freiburgischen Dörfern gefördert wird, während in Palézieux durch die Weiterentwicklung des bereits entwickelten Gebiets ein neues Ballungsgebiet entsteht. Der dadurch notwendig werdende Ausbau

In der nächsten Nummer: Probleme der Gesundheitsplanung

der Infrastruktur der Region Palézieux wird wiederum nur zum Teil von der Firma bezahlt.

Palézieux hatte 1960 625 Einwohner, 1970 waren es 725. Die Zahl der im Zweigbetrieb Beschäftigten betrug 1968 ca. 180, 1972 ca. 350. Dieses Zahlenverhältnis gibt einen ungefähren Anhaltspunkt dafür, welchen Einfluss die untersuchte Firma in diesem Gebiet auszuüben vermag. Auch wenn vielleicht nur ein Teil der Belegschaft aus Palézieux selbst kommt, so ist doch eine Fabrik, die demnächst halb so viele Leute beschäftigt, wie das Dorf Einwohner hat, ein bedeutender Faktor in der Entwicklung der Region. Die Behörden werden kaum je gegen die Interessen der Firma handeln, bringt diese den Leuten doch Arbeit und Einkommen. Diese Tatsache wird in der technischen Kundenzeitschrift vom November 1968 angedeutet: «Schliesslich ist auch mit Genützung festzustellen, dass in allen Zweigbetrieben ein ausgezeichnetes Arbeitsklima herrscht, das nicht zuletzt auf das gute Einvernehmen mit den lokalen Behörden zurückzuführen ist, die sich positiv zur Eröffnung des Zweigbetriebs einstellten und stets mithalfen, die mannigfachen Probleme zu lösen.»

Die sich in allen kapitalistisch produzierenden Betrieben ergebenden Nachteile, die durch das Produktionssystem und nicht durch die Betriebsführung bestimmt sind, äussern sich an diesem Beispiel sehr klar.

In Palézieux wird einzig ein Flachrelais montiert. Das hat für den Betrieb folgende Vorteile:

- Kein aufwendiger, mehrfacher Materialfluss Stammwerk-Zweigbetrieb,
- Keine besonderen Anforderungen an die Qualifikation des heranzubildenden Personalstabs.
- Kurze Anlehzeiten
- Keine teuren Labors, Versuchslötlake, Berechnungs- und Entwicklungsbüros etc., zu deren optimaler Ausnützung Koordinationsprobleme mit dem Stammwerk entstehen würden und die qualifiziertes Personal erfordern würden.

Arbeitsteilung auch räumlich

Neben diesen eindeutigen Vorteilen bestehen aber für das Unternehmen im Konkurrenzkampf zusätzliche «positive» Aspekte, die die Position der Unternehmensführung verstärken: Die Flachrelaismontage ist eine einseitige Teilproduktion, Relaisentwurf, Entwicklung, Test, Vertrieb etc. geschehen im Stammwerk. Der Arbeiter in Palé-

zieux hat keine Möglichkeit, die Produktion als Ganzes zu übersehen und zu verstehen. Er wird dadurch natürlich für den Einsatz freier verfügbar, da er ja keine Zusammenhänge versteht und praktisch keine Chance erhält, sich persönlich oder kollektiv noch irgendwie zu entwickeln. Die Nachteile der Grossserienproduktion, nämlich stark reduzierte und konzentrierte, repetitive Arbeitsgänge, die eine völlige Entfremdung des Produzierenden von seinem Produkt zur Folge haben, werden durch einen derart konzipierten Zweigbetrieb verewigt. Eine gegenteilige Entwicklung, die Angestellte und Arbeiter gemeinsam forschung, Entwicklung, Produktion und Organisation diskutieren und bestimmen liesse, wird hier schon durch den äusseren Rahmen verunmöglich. Echte Mitbestimmung wird so gar nie möglich.

... alles viel reibungsloser

Das ganze Konzept der Fabrik in Palézieux zeigt uns ein extremes Beispiel der im Kapitalismus beabsichtigten Trennung in Handarbeit und Kopfarbeit, die die Angestellten und Arbeiter gegeneinander ausspielt und sie nicht miteinander um Betriebsziele, Produktion etc. diskutieren und entscheiden lässt. Zusätzlich können Spannungen zwischen diesen Gruppen im Dienst des Konkurrenzkampfes ausgenützt werden.

In Palézieux wird praktisch nur montiert. Alle wesentlichen Entscheide werden im Stammwerk gefällt. Eine spezielle Telexlinie sichert dabei die

Wer ist ein Volksfeind?

Walter Matthias Diggelmann

Die Parlamentarier des rechten Flügels des Bürgerblocks, die Lobbyisten der Industrie und Wirtschaft, die Eigner der Industrie- und Wirtschaftsunternehmen, die Gnägis, Wanners, Cinceras, Eibels usw. wissen es ganz genau:

Der Volksfeind kommt von links. Ein Volksfeind ist einer, der Fragen stellt. Ein Volksfeind ist einer, der unsere Gesellschaftsordnung nicht vorbehaltlos bejaht. Ein Volksfeind ist einer, der die Entwicklung der menschlichen Gesellschaft historisch betrachtet. Ein Volksfeind ist einer, der den allgemeinen Fortschritt, das «Stirb und werde» unserer menschlichen Gesellschaft bejaht, zumindest nicht zu stoppen versucht. Ein Volksfeind ist einer, der die Veränderungen auf dieser Welt nicht verhindern möchte oder gar zu fördern versucht.

Die Volksfreunde (als Gegenstück zu den Volksfeinden) bejahen die Veränderungen auch. Wenn es sein muss. Die Waschmittelhersteller verändern die Packungen für ihre Waschmittel. Ihre Graphiker kopieren Elemente der modernen Kunst. Auch Pop darf es sein, wenn es sich nur verkauft. Die Automobilfabrikanten verändern die Modelle ihrer Autos. Sie lassen neue Karosserien entwerfen und stülpen diese über ihre alten Chassis und Motoren. Die Textilfabrikanten verändern jedes Jahr zwei Mal die Mode und automatisieren ihre Betriebe. Auch die

sichere Weitergabe ins Waadtland. Die Trennung Handarbeit-Kopfarbeit (Palézieux-Stammwerk) besteht auch geographisch und kulturell-religiös. Folgendes Zitat zeigt uns, wie das Unternehmen davon profitiert: «In einem Zweigbetrieb, dessen Personal nicht in Vorurteilen und Konservatismus verhaftet ist, können Rationalisierungsmassnahmen oder neue Bewertungs- und Entlohnungssysteme viel reibungsloser eingeführt und objektiv beurteilt werden.» (Aus der technischen Kundenzeitschrift)

Willige Arbeitskräfte ...

Die Arbeiterschaft in Palézieux rekrutiert sich vor allem aus Frauen katholischer, kleinbäuerlicher Herkunft, die durch den Strukturwandel in der Schweizer Landwirtschaft, der viele Kleinbetriebe auflöste, für Industriearbeit frei wurden. Sie lebten vorher in einer sehr individuellen Art und konnten sich zum grössten Teil selbst versorgen. Durch das Angebot von Arbeitsplätzen mit reaktiv guter Entlohnung werden sie in die industrielle Produktion einbezogen mit all den dadurch entstehenden Vor- und Nachteilen:

• Höherer Lebensstandard, erkaufte mit der Anpassung an repetitive Industriearbeit und einen Lebensrhythmus, der Selbstversorgung nicht mehr zulässt. Dadurch sind sie völlig von ihrem Arbeitsplatz und von ihrem Lohn abhängig.

• Die Rückständigkeit des katholischen Gebiets, die schlechte Organisation der Leute, bedingt durch die kleinbäuerliche Vergangenheit, tiefes Bildungsniveau, schlechter Informationsstand bezüglich Industrie- und Produktions- und eine starke Streuung der Wohnorte der Arbeitenden verhindern das Aufkommen eines Zusammengehörigkeitsgefühls und somit einer Möglichkeit, die gemeinsamen Probleme als solche zu erkennen und solidarisch zu lösen. Typisch ist daher auch das fast völlige Fehlen gewerkschaftlicher Organisation, die vielleicht noch einen Bezug zur übrigen Arbeiterschaft sichern würde. Dass natürlich neue (das heisst strengere) Bewertungs- und Entlohnungssysteme werden durch die vielen Neuerungen versicherten Frauen ohne Schwierigkeiten als die einzig richtigen vorgezogen werden können, ohne dass diese

Frauen falschen Konservatismus (lies: Misstrauen gegen versteckten Leistungsdruck) zeigen, ist klar. «Objektive Beurteilung» heisst hier also Beurteilung ohne den entsprechenden Informationsstand, das heisst Billigung der vom Unternehmen vorgelegten Lösungen.

... dem Unternehmer zunutze

In der Kundenzeitschrift der Firma wird die gute Disziplin und Arbeitsmoral in den Zweigbetrieben lobend vermerkt. Die gute Disziplin und Arbeitsmoral sind aber nur eine logische Konsequenz der folgenden Punkte:

- Relativ grosses Angebot an Hilfsarbeiterinnen, die aus den sich auflösenden Kleinbauernbetrieben stammen.
- Leichte Ersetzbarkeit der Serienarbeiterinnen; kurze Anlehzeiten.
- Kein alternatives Stellenangebot für Frauen in der Umgebung.
- Keine Solidarität unter den Arbeitenden.
- Verunsicherung durch die ungewohnte Industrie- und Produktionsumgebung.
- Lohn- und Arbeitsplatzabhängigkeit als Folgen des höheren Lebensstandards und der Aufgabe der Selbstversorgung.
- Sämtliche Vorarbeiter und Vorgesetzten sind Männer, die den montierenden Hilfsarbeiterinnen vorstehen: Die in der übrigen (v.a. in den rückständigen Gebieten) Gesellschaft bestehende Rollenverteilung zwischen Mann und Frau reproduziert sich hier am Arbeitsplatz, woraus unmittelbar Gewinn geschlagen wird: Die Arbeiterinnen als Frauen und Dulderinnen befriedigen die Leistungs- und Ordnungsansprüche der Vorgesetzten-Männerwelt.

Um im Konkurrenzkampf zu bestehen, werden, wie sich hier zeigt, sämtliche Möglichkeiten vom Unternehmer ausgenutzt. Hilfsmittel, die den Ertrag, aber auch die Ausnützung der Arbeiter fördern, sind hier die Spaltung der Arbeiterschaft unter Zuhilfenahme kultureller (fehlende Information etc.), psychosozialer (Mann - Frau), religiöser, demographischer und geographischer Gegebenheiten.

* Menschen sind billiger, «konzept» Nr. 2/3

schaft, ja selbst einen Kriegsminister Gnägi erleben lassen muss. Nicht weil Oberst Wanner etwa die Unwahrheit sagte, sondern im Gegenteil, weil er eben diese Wahrheit offen aussprach, so dass wer nun will, wer nun Augen hat, zu lesen, und Ohren hat, zu hören, weiss, was für unser Land, was für alle Schweizer gut ist. Wanner sagt, dass es in Zukunft intensivere und hautnähere Zusammenarbeit in Sachen Kadernschulung zwischen Arme-

In einer der nächsten Nummern: Probleme der Erwachsenen- und der Weiterbildung

und Wirtschaft geben müsse. Die enge Verflechtung zwischen Privatwirtschaft und Armee sei ja gegeben. Armee und Wirtschaft profitieren voneinander. Für die Sicherheit und Ruhe im Innern des Landes möchte er einige Regimenter speziell für Strassenschlachten gegen demonstrierende Arbeiter, progressive Lehrlinge, Linke und Studenten ausbilden. Wenn möglich sollte verhindert werden, dass es Tote dabei gibt. Mit anderen Worten: Nach Oberst Wanner (Direktor einer florierenden Reedereigesellschaft) sollen sich Arbeiter, Leh-

Fortsetzung Seite 9

Konzentrationschwäche und Müdigkeit

in Schule, Studium und Beruf können mit Bio-Strath, dem modernen Schweizer Aufbaupräparat, erfolgreich bekämpft werden! Machen auch Sie einen Versuch — Sie werden begeistert sein.

BIO-STRATH®

Aufbaupräparat auf Basis von plasmolyzierter Hefe und Wildpflanzen.



Schulthess Polygraphischer Verlag

Zwingliplatz 2, 8022 Zürich, Tel. (01) 34 93 36

Standard-Werke

Theo Guhl

Schweizerisches Obligationenrecht

Bearbeitung: Prof. Dr. H. Merz/Prof. Dr. M. Kummer. Mit sehr ausführlichem Sach- und Gesetzesregister. 948 Seiten, geb. 73.—

Bruno von Büren

Schweizerisches Obligationenrecht

Band I, Allgemeiner Teil, 1964, XVI, 516 Seiten, geb. 64.50.
Band II, Besonderer Teil (Art. 184—551), 1972, XII, 360 Seiten, geb. 58.—

Peter Tuor

Das Schweizerische Zivilgesetzbuch

bearbeitet von Prof. Dr. B. Schwyder, herausgegeben von Prof. Dr. P. Jäggli. 8. bereinigte und ergänzte Auflage, 1969, 719 Seiten, geb. 66.—

H. Fritzsche

Schuldbetreibung und Konkurs nach schweizerischem Recht

1. Halbband: Allgemeine Lehren. Das Einleitungsverfahren. Die Betreibung auf Pfändung und auf Pfandverwertung. 2. neubearbeitete Auflage, 1967, VIII, 355 Seiten, 48.—
2. Halbband: Die Betreibung auf Konkurs. Arrest. Miete und Pacht. Anfechtungsklage. Nachlassvertrag. Notstundung. Betreibungsrechtliche Massnahmen im Gebiete des privaten Versicherungsrechts. Die Zwangsvollstreckung gegen Gemeinden. 2. neubearbeitete Auflage, 1968, XII, 422 Seiten, 59.—

O. A. Germann

Schweizerisches Strafgesetzbuch

Mit kurzen Erläuterungen. 9. Auflage, 1972, 676 Seiten, geb. 38.—

Karl Ottlinger

Schweizerisches Haftpflichtrecht

1. Band: Allgemeiner Teil. 3. Auflage, 1969, 482 Seiten, geb. 47.—
II. Band: Besonderer Teil, 1. Hälfte. 3. Auflage, 1970, 455 Seiten, geb. 54.—
2. Hälfte. 3. unveränderte Auflage, 1972, 540 Seiten, geb. 62.—

Walther Burckhardt

Die Organisation der Rechtsgemeinschaft

1927, 428 Seiten (unveränderter Nachdruck, 1971), geb. 69.—

Methode und System des Rechts

1936, 302 Seiten (unveränderter Nachdruck, 1971), geb. 57.—

Einführung in die Rechtswissenschaft

1939, 244 Seiten (unveränderter Nachdruck, 1971), geb. 45.—

Neuerscheinungen

Schweizerisches Umweltschutzrecht

Herausgegeben von Hans Ulrich Müller-Stahel. 688 Seiten, geb. 69.—

Dr. iur. et lic. oec. René Rigoleth

Das Recht im Kampf gegen die Luftverschmutzung

400 Seiten, geb. 35.—

Dr. Bernhard R. Rimann

Wirtschaftskriminalität

Die Untersuchung bei Wirtschaftsdelikten. 384 Seiten, broschiert 35.—

Hu Chou-Young

Das Selbstbestimmungsrecht als eine Vorbedingung des völligen Genusses aller Menschenrechte

Eine Studie zu Art. 1 der beiden Menschenrechtskonventionen vom 16. Dezember 1966. Zürcher Studien zum internationalen Recht, Band 52. — 276 Seiten, brosch. 32.—

Internationales Währungssystem und Inflation

Beiträge von: F. A. Lutz, M. Gilbert, H. G. Johnson, G. Carli, O. Schlecht, O. Pfleiderer, H. Irmiler, E. Lundberg. 178 Seiten, brosch. 20.—

Das schweizerische Steuersystem – wie es sein könnte

Entwurf erarbeitet von Oekonomiestudenten der Universität Basel unter Leitung von Prof. Dr. René L. Frey. — 64 Seiten, brosch. 7.—

Die Texte der Konjunkturmassnahmen

Stand: 15. Februar 1973. Herausgegeben von Pestalozzi & Gmuer, Rechtsanwälte, Zürich. — 206 Seiten, brosch. 13.—

Richard Gerster

Ausbeutung

Agonie eines wirtschaftswissenschaftlichen Begriffs. — 520 Seiten, brosch. 45.—

Konrad Fischer

Ueber den Geltungsbereich der Pressefreiheit

214 Seiten, brosch. 28.—

Martin Zweifel

Holdinggesellschaft und Konzern

177 Seiten, broschiert 26.—

Schweizerische Aktiengesellschaft

Zeitschrift für Handels- und Wirtschaftsrecht. — Herausgeber: F. Cagianut, Ch. v. Greyerz, A. Hirsch, E. Känzig, A. Koller, M. Pedrazzini, W. R. Schluep. — Redaktion: Martin Zweifel. Abonnementspreis 42.—, Ausland 45.—. Erscheint vierteljährlich.

Rudolf Schilling

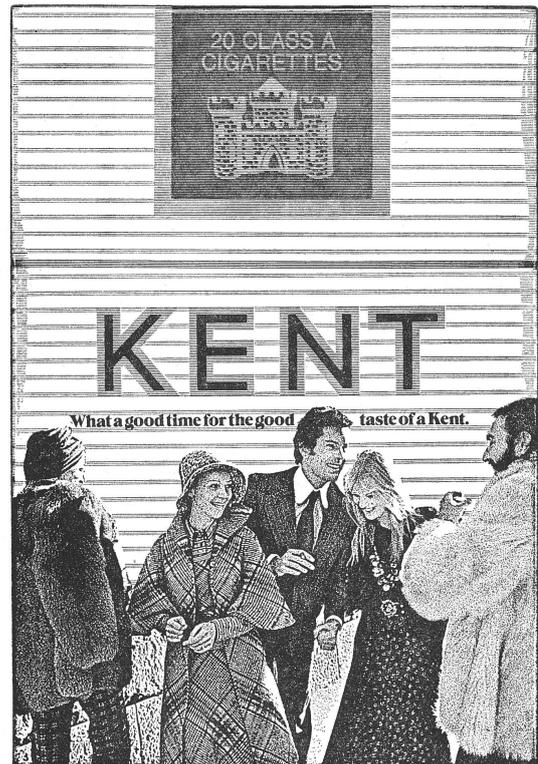
Die Demokratie der Teilnahme

Ein Handbuch mit vielen praktischen Hinweisen für Politiker, Behörden, Experten, Erzieher, Parteimitglieder, Vereinsmitglieder, Aktivbürger, Schrumpfbürger, Mächtige, Ohnmächtige, Führer und vor allem für demokratisch Gesinnte. 230 Seiten, brosch. 17.—

Schweiz – Dritte Welt Solidarität oder Rentabilität?

Von G. Berweger, R. Büchi, E. R. von Buettner, R. Gerster, K. Matter, P. Nobel. Mit einem Vorwort von Johan Galtung (International Peace Research Institute, Oslo). 240 Seiten, 17.—

Zu beziehen in jeder Buchhandlung



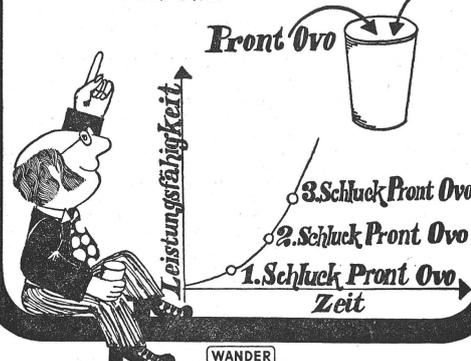
ERGO BIBAMUS pront ovo

$H_2O + \text{Pront Ovo} \rightarrow$ **Energie**
(und frei in Form von
Lebensfreude,
Arbeitslust)



Analyse ergibt: **Malz/gerkeimte Gerste, Frischmilch, Hefe, Kakao, Zucker**

Instant – Synonym zu
'**sofort zubereitet**'
im übertragenen Sinn:
'**sofort fit**'



WANDER

72.

Jetzt Aktion: ~~Fr. 5.80~~
Fr. 5.20

Schweiz-Dritte Welt: Solidarität oder Rentabilität

Brückenköpfe der Exportindustrie

Mitte Juni wurde in den eidgenössischen Räten das Bundesgesetz über die internationale Entwicklungszusammenarbeit verabschiedet, gegen das der Republikaner James Schwarzenbach bereits ein Referendum angekündigt hat. Nicht nur die konfuse Beiträge einiger Parlamentarier in dieser Debatte lassen es als dringend nötig erscheinen, einen klärenden Beitrag im Bereich der schweizerischen Entwicklungspolitik zu leisten, sondern auch das legitime Interesse der Öffentlichkeit, über den Bereich der schweizerischen Aussenbeziehungen etwas weniger einseitig informiert zu werden als das bisher der Fall war.

Sechs junge Autoren der Hochschule St. Gallen haben es unternommen, die schweizerische Entwicklungshilfe in Frage zu stellen, indem sie den wichtigsten Beziehungen zwischen der Schweiz und den Ländern der Dritten Welt nachgehen und durch das Aufzeigen der Zusammenhänge eine Gesamtschau zu vermitteln versuchen.* Ausgangspunkt ihrer ausgezeichnet dokumentierten Beiträge ist die strukturelle Theorie des Imperialismus von Johan Galtung (vgl. «konzept» Nr. 21, April 73), der das Vorwort zu dieser Publikation verfasste.

Zentrum gegen Peripherie

«Unterentwicklung», wie sie heute in den Ländern der Dritten Welt besteht, hat nicht schon immer bestanden, sondern wurde mit der Entstehung der Industrienationen geschaffen. Sie ist daher nicht ein notwendiges Stadium der Entwicklungsgeschichte der Menschen, das alle Gesellschaften durchlaufen müssen, sondern steht in engem Zusammenhang mit der Struktur in und zwischen den Nationen. Nach Galtung besteht das Wesen der heutigen internationalen Beziehungen darin, dass reiche, wirtschaftlich fortgeschrittene Staaten (Zentrumsnationen) mit armen, unterentwickelten Ländern (Peripherienationen) in vertikaler arbeitsteiliger Beziehung stehen; dabei ist gerade diese vertikale Interaktion (= Austausch unterschiedlicher Werte) die Hauptquelle der internationalen und rückwirkend auch nationalen Ungleichheit, aus der die Industrieländer faktisch die weitaus grösseren Vorteile ziehen als die Entwicklungsländer, so dass erstere an der Aufrechterhaltung dieser ungleichgewichtigen Austauschbeziehungen vital interessiert sind. Die feudale Interaktionsstruktur zwischen den Nationen wird ermöglicht und verstärkt durch eine gleichartige Struktur innerhalb der Nationen mit einer massgebenden

Minderheit als Zentrum und einer abhängigen Mehrheit als Peripherie. Die Interessensgegensätze der Peripherien (Industrieländer - Entwicklungsländer) erklären sich daraus, dass sich in Industrieländern im allgemeinen die Peripherie stärker mit dem Zentrum verbunden fühlt, andererseits die Peripherie bei uns von der bestehenden Austauschsituation ebenfalls profitiert. Dadurch wird ein Zusammengehen der Peripherien verhindert.

Miserable Figur ...

Diese theoretisch klingenden Zusammenhänge werden in den folgenden Beiträgen mit aller wünschenswerten Deutlichkeit untermauert. In Teil II, «Beziehungen der Schweiz zur Dritten Welt», untersucht Richard Gerster, Mitarbeiter einer privaten schweizerischen Entwicklungshilfeorganisation, die Problematik von Entwicklungshilfe und humanitärer Hilfe. Dass sich ihm zuerst eine Begriffsklärung aufdrängt, liegt darin begründet, dass man bis heute private und öffentliche in die Entwicklungshilfe fließende Kapitalien zur Entwicklungshilfe zählte. Dazu Gerster: «Rein kommerzielle Transaktionen können nur im Rahmen einer verzerrten Optik mit Hilfe in Zusammenhang gebracht werden, auch wenn es nicht ausgeschlossen ist, dass im Empfängerland willkommene Effekte Platz greifen.» Denn bei Hilfe ist der Effekt auf der Seite des Empfängers, den man zu erreichen sucht, das auslösende Moment, während kommerziellen Transaktionen der Eigennutz zugrunde liegt. «Entwicklungshilfe liegt infolgedessen dann vor, wenn Leistungen unentgeltlich oder zumindest zu geringeren als zu den marktmissigen Bedingungen erbracht werden, um einen Beitrag zur Lösung von Entwicklungsproblemen in der Dritten Welt beizusteuern.» Eine Bestandaufnahme zeigt, dass die Schweiz in diesem nicht von Wirt-

schaftsinteressen dominierten Licht quantitativ eine miserable Figur macht; denn 1971 belief sich die Entwicklungshilfe und humanitäre Hilfe der Schweiz auf ganze 0,11% des Bruttozoidalproduktes. Gerster zeigt im folgenden sehr interessante Aspekte auf, und zwar hinsichtlich der nominiellen Hilfe und der realen Kosten, der gebundenen Hilfe (der empfangene Betrag muss für Güter des Geberlandes verwendet werden), des realen Endeffekts der Entwicklungshilfe in den Entwicklungsländern usw.

Eigene Anstrengungen fördern

Grundlegend für eine Entwicklungspolitik sind die Ziele der Entwicklungspolitik. Die ethnozentrischen Formulierungen des bisherigen Lückenkonzepts (Einkommens-, Bildungs-, Investitionslücke im Entwicklungsland usw.) müssen im Rahmen neugewonnener ökologischer Erkenntnisse und der wirtschaftlichen Realitäten überprüft werden. «Theoretische Berechnungen zeigen, dass von der Umweltbelastung und vom Rohstoffverbrauch her die Ausdehnung des heutigen Konsumniveaus der Industrieländer auf die Entwicklungsländer völlig undenkbar ist» (Meadows). Die drei Stichworte der «angereicherter» Uebertragung von Reichtum, der internationalen Arbeitsteilung und des Kulturschocks weisen die Notwendigkeit einer neuen Entwicklungshilfekonzeption auf, deren Ziel sich mit «Verbesserung der Lebensbedingungen benachteiligter Schichten in den Entwicklungsländern durch die Förderung eigener Anstrengungen im Rahmen einer eigenständigen Entwicklung» beschreiben lässt. Das wirtschaftliche Motiv zur Entwicklungshilfe, das zweckgerichtet die Harmonie zwischen eigenen wirtschaftlichen und den Entwicklungsinteressen der Empfänger behauptet, wird jedoch bei einer solchen Zielvorstellung mit dem moralischen Motiv in ein Spannungsverhältnis geraten.

Neben der eigentlichen Entwicklungshilfe werden in diesem Teil des Buches Handelsverkehr und Handelspolitik der Schweiz (R. Büchi), ihre Finanzbeziehungen (K. Matter), die multinationalen Unternehmen (P. Nobel) und die Rolle der Auslandschweizer (E. R. von Büettner) dargestellt.

Büchi hebt die immense Bedeutung des Aussenhandels für die Schweiz hervor, insbesondere die Tatsache, dass kein anderes Industrieland auf die Einwohner bezogen eine annähernd so hohe Exportquote in die Dritte Welt aufweist. Der stark aktive Handelsaldo der Schweiz mit der Dritten Welt wird - in absoluten Zahlen (!) - einzig von den USA und Japan übertroffen.

Entwicklungshilfe für die Entwickelten

Im Kapitel über die Beurteilung der privaten schweizerischen Finanzbeziehungen mit der Dritten Welt gibt Matter nach Hinweisen auf die Irreführungen gewisser Statistiken und die katastrophal zu bezeichnende Informationsknappheit seitens der Privatwirtschaft einen konzisen Ueberblick über die allgemeine Problematik von Direktinvestitionen (s. «konzept» Nr. 18, Februar 73). Der in Wirtschaftskreisen oft hörbare Vorwurf realitätsfremder und ideologisch geladener Kritik dürfte dieser mit offiziellen Zahlen (soweit erhältlich) untermauerten Untersuchung kaum zu machen sein; zudem: der von derselben Seite jeweils mit besonderer Vorliebe erhobene Anspruch auf spezielle Realitätsnähe und Faktenkenntnis bezüglich der Entwicklungsländer rechtfertigen noch keine Werthaltung.

Auch die Exportkredite und Anleihen finden ihre Würdigung. Nach einer Schätzung der Kapitalflüsse aus der Dritten Welt in die Schweiz kommt Matter zum Schluss: Es findet eher ein Nettofluss von Kapital aus den Entwicklungsländern in die Schweiz statt als umgekehrt. Mit ihren Finanzbeziehungen zu den Ländern der Dritten Welt beteiligt sich die Schweiz aktiv am international sich vollziehenden Prozess, der hier Entwicklung und dort Unterentwicklung erzeugt.

Die Ausführungen über die multinationalen Unternehmen (P. Nobel) sind eher feuilletonistisch gehalten, gezwungenermassen, aufgrund der höchst kargen Informationen. Interessant sind in diesem Zusammenhang die Ueberlegungen Nobels zur Problematik der Joint Ventures, in denen es den ausländischen Investoren meist gelingt, trotz Kapitalminderheit faktisch die Kontrolle über das Unternehmensgeschehen zu behalten.

«Gefährliche Assimilation ans Ausland»

Die Autoren dieses Buches weisen mit Nachdruck darauf hin, dass die Entwicklungsproblematik nicht unter rein ökonomischen Gesichtspunkten betrachtet werden kann. So kommt denn ein Aspekt der kulturellen Seite im Beitrag von Büettner über die Auslandschweizer zur Sprache, der geeignet ist,

den Leser das Staunen zu lehren. Zuerst werden - immer aus schweizerischer Sicht - die Begriffe Schweizer, Ausländer, Heimat umschrieben. Die folgende Darstellung der Träger der schweizerischen Kulturpolitik in Entwicklungsländern, besonders derjenigen im Inland, legt einen subtilen kulturellen Imperialismus sondergleichen frei. Es ist vielleicht begreiflich, dass ein stark auf den Aussenhandel angewiesenes Binnenland sich im Ausland günstige Positionen aufzubauen bemüht ist. Dass dieses Bemühen jedoch so weit geht, dass die Auslandschweizerkommission vor den «Gefahren einer Assimilation an das Ausland» warnt und insbesondere die (nur in Entwicklungsländern bestehenden!) Auslandschweizerschulen primär als Träger eines ethnozentrischen Sendungsbewusstseins und als Brückenköpfe unserer Exportindustrie dienen, lässt deren Entwicklungsbeitrag für das betreffende Entwicklungsland kräftig zweifeln. Von Büettner zeigt mit manchmal beschämender Offenheit, wer was wie und zu welchem Zweck an diesen Schulen lehrt. Ein höchst instruktives Kapitel.

Ursachen im Inland

Eine Analyse der Aussenbeziehungen der Schweiz genügt jedoch nicht zur Hinterfragung der schweizerischen Entwicklungspolitik. Konsequenterweise müssen auch die nationalen Bedingungen (Peripherie und Zentrum im Industrieland) durchleuchtet werden, was in einem dritten Teil dieses Buches geschieht. Gottfried Berweger bietet eine profilierte Sicht der schweizerischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, die in ihrer kurzen, fast programmatischen Darstellung manche zutreffende, aber auch problematische Züge aufweist, und zieht daraus die ethrischen Schlüsse.

Das besprochene Buch ist nicht ganz frei von technischen Mängeln, so z. B. manchmal unklarer Zitiertweise. Trotz diesen Mängeln und selbst wenn man mit den Verfassern nicht in allen Punkten einig geht, muss gesagt werden, dass hier eine Publikation vorliegt, die eine schiefe Sicht oder Unkenntnis im behandelten Bereich zu beheben geeignet ist. Es ist manchmal erschreckend festzustellen, wie eine alles überragende wirtschaftliche Interessenlage zu einseitiger und damit verfälschter Information über die hier aufgegriffene Thematik führt. Das mit diesem Buch gebildete Gegengewicht ist schon lange fällig.

Markus Reichmuth, St. Gallen

Wer ist ein Volksfeind?

Fortsetzung von Seite 7

linge, Linke und Studenten gegenseitig abschlichten. Die einen zwar in Uniform, die anderen in Zivilkleidern. Die einen schwer bewaffnet, die anderen mit Transparenten. Fazit: Gut ist für die Schweiz, was der Wirtschaft nützt, und Oberst Wanner vertritt hier die militärische Seite im Kampf gegen jene Schweizer, die meinen, gut für die Schweiz sei, was möglichst für alle gut sei.

Wir erinnern uns an ähnlich gelagerte Forderungen auf anderen Ebenen: Im vergangenen Dezember billigte unser Landesparlament mit knapper Mehrheit gegen handfeste Widerstände die Erhöhung des Kredits zur Förderung des schweizerischen Filmschaffens. Noch ist es nicht lange her, dass bürgerlich-reaktionäre Kreise gegen unser Fernsehen Sturm liefen. Und nun warten wir noch auf Nationalrat Hofers Vorschlag, dass die von der Allgemeinheit getragenen öffentlichen Bibliotheken keine Bücher mehr von sogenannten linken Autoren führen dürfen.

Die Chimärenjäger und Amokläufer gegen die schweizerische Filmförderung, gegen die Meinungsfreiheit im Fernsehen, gegen die Demokratisierung unserer Armee, gegen die Mitbestimmung in Industrie und Wirtschaft wissen sehr genau, was sie tun. Sie wissen so genau wie Oberst Wanner, was gut ist für die Schweiz. Sie wissen es vergleichsweise genauso gut, wie Hitler und seine Vasallen vor vierzig Jahren gewusst haben, was gut war für Deutschland. Und ihre teils offene und teils subversive Agitation ist qualitativ kein Dutzend besser als jene der Totengräber Deutschlands und Europas. Wie Hitler und Goebbels kämpfen sie gegen Chimären. Sie beschäftigen sich niemals mit den Zielen der Progressiven und Linken. Sie analysieren nicht, sie sind im härtesten Sinne kritiklos, tumb. Sie beschäftigen sich ausschliesslich mit ihren eigenen Vorstellungen, die sie sich von ihren Gegnern konstruiert

haben. Sie fechten Spiegelgefechte. Sie haben nicht die geringste Ahnung, was die Uhr der Menschheitsgeschichte geschlagen hat. Und gerade das macht sie für unser Land, für unser Volk lebensgefährlich. Man kann einwenden, ein Oberst Wanner, ja selbst ein Eibel oder gar Gnäggi seien doch sehr konkret. Konkret sind sie aber alle nur in Fragen der Taktik und in der Frage, was sie im eigenen Namen und im Auftrag ihrer Hintermänner erhalten möchten. Schulen, Universitäten, Kirchen in die Armee integrieren (so muss man Wanner interpretieren), die Fortschrittlichen eliminieren, die Demokratie nicht de jure, aber de facto abschaffen usw. Aber sie reflektieren nicht einen Augenblick, was aus unserer Welt wird, wenn wir nicht endlich wesentliche Strukturen total verändern, mit deutlicheren Worten, wenn wir nicht endlich darangehen, unser System total in Frage zu stellen, dieses, wenn nötig, total zu verändern. Sie alle sind, hört man ihre Vorträge, liest man ihre Zeitungsartikel und Interviews, unwissend, unkultiviert, ungebildet und im strengsten Sinne des Begriffes inhuman. Man ist nur zu oft geneigt, diese Erscheinungen als politische Paranoia zu bezeichnen. Bekanntlich kann ja langanhaltende, schwere Frustration in eine ebenso schwere Paranoia ausarten oder umschlagen. Mir kommen diese Leute zuweilen vor wie Amokläufer, Selbstmörder, die, weil sie selber keinen wirklichen Lebensinhalt mehr haben, eben einer Chimäre nachgehen und auf dieser Jagd ein ganzes Volk in Tod und Vernichtung stürzen. Man werde sich doch einmal klar: Ein Oberst Wanner ist so ungebildet, so unwissend, dass er es wagen kann, den Friedensrat und die Ligue marxiste gleichsam als Totengräber unseres Landes zu denunzieren. Da möchte ich doch einmal verdammt gerne wissen, was dieser Herr ausser Truppenführung und meineteuere Hochseeschiffahrt überhaupt noch studiert hat. Hat er jemals ein Buch gelesen, das sich gerade nicht mit

Kriegsstrategie und Schifffahrt befasst? Ähnliche Fragen stelle ich auch den Eibels, Gnäggis, Cinceras und Konsorten.

Is it schon erschreckend, dass bei uns in der Schweiz solche Erscheinungen überhaupt so in die Breite wirken können und dürfen, ist es noch viel erschreckender und depressiver, dass gerade diese Leute in unserem Volk auf Zustimmung stossen können. Ist der durchschnittliche Schweizer, der «Blitzler», der Angestellte, überhaupt jeder, der von seiner Arbeit lebt, bereits so abgestumpft, so resigniert, so kraftlos, dass er sich wie ein Tier willig zum Schlachthof treiben lässt? Und wo sind unsere Arbeiterparteien und wo unsere Gewerkschaften? Was muss noch geschehen, bis diese die Zeichen an der Wand erkennen und endlich so radikal werden wie die Wanners, Eibels, Cinceras, Gnäggis etc.? Wenn schon die Eigner und Führer von Industrie und Wirtschaft nicht merken, dass sie sich selbst und damit uns alle mit in die Katastrophe führen, sollte doch endlich die Führung des arbeitenden, lohnabhängigen Volkes es merken und reagieren. Es kann uns ja nun wirklich nicht gleichgültig sein, was mit dem Wirtschafts- und Industrietotal geschieht, denn schliesslich ist das unser aller Potential. Man kann ja wohl sagen, wenn diese Herrschaffen Selbstmord begehen wollen, wer will sie daran hindern? Aber es ist ein zu gefährlicher Trugschluss, zu meinen, wenn die Selbstmörder machten, träfe es uns nicht. Als Hitler, Selbstmörder machte, hatte er Millionen von Deutschen bereits ermordet.

Jene also, die sich als Volksfreunde ausgeben, kommen von rechts, und wenn wir ihnen die Larve von den Gesichtern reissen, erkennen wir, dass sie die Volksfeinde, die Antidemokraten sind. Und wer behauptet diese Agenten des Kapitalimperialismus, diese subversiven Elemente? Das arbeitende Volk! Mit seinen direkten und indirekten Steuern.



Am Botanischen Institut der Universität Basel wurden die Praktikumsgebühren dieses Semesters verdoppelt. Dies weil das Institut vom Kanton Basel-Stadt nur einen ordentlichen Kredit von 2000 Franken und einen ausserordentlichen Kredit von 10 000 Franken erhält. Insgesamt wurden, wie ein von den Studenten des Instituts angestellter Kostenvergleich zeigt, für die Botanik 1972 ganze 104 661 Franken aufgewendet, für das Biozentrum, Lieblinskind der chemischen Industrie, hingegen 10 349 707 Franken. Auch in Basel spricht man nur von Oekologie, steckt indessen die Kredite vor allem in wirtschaftlich rentable Forschung.

Von verschiedenen Seiten ertönt immer wieder der Ruf, man solle sowohl das quantitative wie auch das qualitative Bildungsangebot (Studienplätze und Studieninhalte) der Nachfrage der Wirtschaft nach qualifizierten Arbeitskräften anpassen. Als Schreckgespenst wird zumeist ein bevorstehendes Akademikerproletariat an die Wand gemalt. Eine Untersuchung in Grossbritannien hat jedoch gezeigt, dass gerade aus jenen Universitäten, die ihren Lehrplan am stärksten nach den Bedürfnissen der Wirtschaft ausrichten, der grösste Anteil arbeitsloser Akademiker hervorgeht. So bezahlten sich die diesbezüglichen Anstrengungen der Universität von Lancaster mit einer Arbeitslosenquote unter den Absolventen von 16% aus.

An der Uni Lausanne soll weiterhin ein Meinungsmonopol für die etablierten Hochschulkreise bestehen. Der Waadt-

länder Grosse Rat hat im letzten Frühling zwei Vorstösse von Seiten der SP und der POP (PdA), die die Aufhebung des Artikels 96bis des Uni-Reglements verlangten, abgelehnt. Der Artikel verbietet jede Aktion mit politischem Charakter, so insbesondere das Verteilen von Flugblättern und Zeitschriften, das Anschlagen von Plakaten und das Sammeln von Unterschriften. Für den Waadtländer Erziehungsdirektor Praderwand ist der Art. 96bis nicht ein Problem der Meinungsfreiheit, sondern eine Frage der Ruhe und Ordnung. Es müsste eine Trennungslinie bestehen zwischen der unparteiischen Lehre und politischer Propaganda. Ihre persönliche Meinung könnten Studenten in aller Freiheit in den Korridoren und während der Pausen äussern. Dass mitunter auch Professoren in ihrer Lehre eher einseitige Meinungen vertreten, scheint Praderwand weder zur Kenntnis zu nehmen noch verhindern zu wollen.

Die gleiche Universität Lausanne, die sich heute so «unpolitisch» gebiert, hat 1937 dem «Duce» Benito Mussolini den Titel eines Ehrendoktors verliehen.

Apropos Faschismus: Ruedi Keller, (18), Präsident der Jungnationalen, ist der Ueberzeugung, dass die freie Marktwirtschaft alle Probleme bestens lösen kann und dass der Bildungsvorsprung eines Akademikerkindes gegenüber einem Arbeiterkind eben eine unabänderliche Tatsache sei. Seine Einschätzung des politischen Spektrums drückt er so aus: «Für mich als Jungnationalen ist alles, was von links kommt, subversiv.» Keller ist gegen die Mitbestimmungsinitiative der Gewerkschaften, weil nicht jeder Mensch intelligent genug ist, um mitzubestimmen, und will noch dieses Jahr eine gesamt-schweizerische Flugblattaktion zur Unterstützung der Schweizer Armee lancieren.

SSR: Neue Flugpreise

Die Währungsunruhen haben auch bei den SSR-Flugpreisen zu Adjustierungen geführt, in der Mehrheit im Sinne von Preissenkungen. Die nachstehende Tabelle enthält, der Übersicht halber, auch die entsprechenden Zugpreise.

Destination	Flug (einfach ab Zürich)	Zug (einfach ab Zürich)
Amsterdam	Fr. 93.-	Fr. 70.-
Athen	Fr. 181.-	
Bangkok	Fr. 177.-	
Barcelona	Fr. 109.-	Fr. 75.-
Belgrad	Fr. 108.-	
Kopenhagen	Fr. 117.-	Fr. 100.-
Dublin	Fr. 142.-	
Edinburgh	Fr. 133.-	
Helsinki	Fr. 228.-	
Heraklion	Fr. 211.-	
Istanbul	Fr. 185.-	Fr. 120.-
London	Fr. 107.-	Fr. 88.-
Madrid	Fr. 156.-	
Nairobi	Fr. 643.-	
Oslo	Fr. 190.-	
Paris	Fr. 75.-	Fr. 76.- retour!
Rom	Fr. 98.-	Fr. 47.-
Split	Fr. 89.-	
Stockholm	Fr. 187.-	Fr. 160.-
Tel Aviv	Fr. 260.-	
Tokio	Fr. 1287.-	
Wien	Fr. 95.-	Fr. 45.-

Jenseits von Hilton

Wer Istanbul sagt, meint das Goldene Horn, den Topkapi-Serail, die Hagia Sophia und die Blaue Moschee. Er denkt an den Basar, an den umwerfenden Verkehr am Tor nach Asien. Moderne Kreuzfahrer lassen sich von Touristenbussen zu den einschlägigen Knüllern des Massenreisens schleppen und bezahlen brav ihren Obolus zum Eintreten.

Doch für Hunderttausende von Türken besteht Istanbul nicht aus diesen Perlen des Reichs von byzantinischen Kaisern, der Sultane und Atatürks. Ihr Istanbul sind die Hütten der Gecekondus, der Slums in Zeytinburnu, Esenler, Sagmaleitar und anderen Stadtvierteln. Gecekondus? Das sind die Hütten, welche verarmte Bauern aus Inneranatolien, Jugoslawien, Rumänien und Bulgarien in einer Nacht auf Staatsland oder ungenutztem Privatgrund aus Lehm, Blech und Stroh auffrichten und die ihnen gemäss einem Gesetz auf osmanischer Vorzeit niemand zerstören darf.

In den letzten fünf Jahren soll sich die Bevölkerung Istanbuls verdoppelt haben. Die Hauptstadt Ankara wuchs in ähnlichem Tempo. Izmir schwoll gar in der gleichen Zeit um eine Million Menschen auf 1,4 Millionen an.

Abonniert die AZ

Der AZ geht es gut. Der AZ geht es schlecht. Beides trifft beim Zeitungsring zu, in dem sich 1970 alle sozialdemokratischen Tageszeitungen der Deutschschweiz (ausser der Berner «Tagwacht») zusammengeschlossen haben. Schlecht geht es der AZ wirtschaftlich. Da sich ihre relativ hohe Auflage von rund 65 000 auf die ganze Deutschschweiz verteilt, deckt sie die Haushaltungen schlecht ab. Insetiert wird aber vor allem in jenen Blättern, die in einem bestimmten Gebiet möglichst alle Haushalte erreichen. Inserate sind für Zeitungen die wichtigste Einnahmequelle. Bei Zeitungen, die vorwiegend im Abonnement bezogen werden, machen sie bis zu 80 Prozent der Einnahmen aus, bei Blättern, die vorwiegend im Handverkauf abgesetzt werden, etwa die Hälfte. Eine so hohe Abdeckung der Haushalte wie z. B. der «Tages-Anzeiger» oder die «Zürchersee-Zeitung» werden die dem AZ-Ring angeschlossenen Blätter nie erreichen. Denn der Preis, um in einer Stadt oder Region führendes Blatt mit höchster Deckung zu werden, ist Pluralismus im Textteil. Das bedeutet eine redaktionelle Konzeption, die sich an den beiden A «Ausgewogen und Aufpassen» orientiert: alle gesellschaftlich relevanten Gruppen ausgewogen in die Spalten verteilen; aufpassen, dass niemand auf die Fisse getreten wird. (Ist es Zufall, dass in dieser Gesellschaft nach dem Rezept des pluralistischen Früchtekorbes, des «Für-jeder-Etwas» gefüllte Zeitungen mehr Erfolg haben als Kampf- und Meinungsblätter?)

Akzentuiert werden die wirtschaftlichen Schwierigkeiten durch die Situa-

tion im graphischen Gewerbe. Die massiven Investitionen der letzten Jahre haben zu Ueberkapazitäten und zu Dumping-Preisen geführt. Deshalb fällt es den Verlagen zunehmend schwerer, aus Gewinnen von Druckaufträgen Zeitungsdefizite zu decken. Soviel zur wirtschaftlichen Lage.

In den letzten Monaten hat die AZ immer wieder jene Themen aus dem unmittelbaren Lebensbereich aufgegriffen, die am meisten auf den Nägeln brennen: Mieterkämpfe, Schulkonflikte, Betriebsschliessungen, Walsler: «Nicht Ver-, sondern Entschleiern heisst die Devise.» Damit wird die AZ langsam, aber sicher wieder «Sprachrohr und Instrument in der täglichen Lokalpolitik», wie der «Zeitdienst» über «die einzige Tageszeitung der Arbeiterklasse Zürich» jüngst geschrieben hat. Der Erfolg zeichnet sich ab: Manche Artikel auf der ersten Seite finden ein ausserordentlich grosses Echo; neue Abonnenten und Käufer lesen die AZ, um auf Missstände hinzuweisen oder gleich einen Artikel anzubieten.

Zur neuen AZ-Konzeption gehören auch die Seiten 2 und 3, wo über Inland- und Auslandereignisse übersichtlich und klar gewichtet berichtet wird. Im Inland- und Auslandteil wird die AZ zur typischen Zweitzeitung, die die umfassende Berichterstattung richtigerweise den grossen nationalen Informationszeitungen und Radio/Fernsehen überlässt. Als Gegengewicht wurde für vertiefende Analysen und grössere Leitartikel die wöchentlich erscheinende «az-tribüne» geschaffen.

Der Wille, den passiven Zeitungsleser als Mit-Macher zu gewinnen, hat

sich in zwei konkreten Neuerungen niedergeschlagen: in den selbstgemachten Kreuzworträtseln, die Trumpf-Buur-Eibel soviet Bauchweh machen, und in der donnerstags erscheinenden «Schlieler-Zytig», einer von Schulklassen selbst hergestellten Seite.

Auf einen kurzen Nenner gebracht: Die AZ braucht kurzfristig Geld und langfristig Leser. Zum Geld: Die Kosten des Zeitungsmachens sind kaum zu senken, mitleidige Appelle an Inserenten nutzlos. Potente Verbände fallen als Geldgeber ebenfalls ausser Betracht. (Die Gewerkschaften haben ihre eigene Wochenpresse.) Bleibt der Staat. In der kommenden Herbstsession wird, wenn der Bundesrat einer Motion der pressepolitischen Gruppe der Bundesversammlung entspricht, über einen dringlichen Bundesbeschluss beraten werden, der als überbrückende Notmassnahme direkte Bundessubventionen (10 Millionen Franken) an die SP-, CVP- und SVP-Presse ermöglichen soll. Das Presseförderungs-gesetz, das die definitiven rechtlichen Grundlagen liefern wird, darf nicht vor 1976 erwartet werden. Eine solche Soforthilfe würde es auch der AZ erleichtern, über die Durststrecke zu kommen.

Zu den Lesern: Die AZ braucht nicht nur zahlende Leser, sondern auch mitdenkende, widersprechende, mitarbeitende. Sie braucht nicht passive Konsumenten, sondern Mit-Macher, die die AZ als ihre Zeitung betrachten, als Zeitung, an der sie mitarbeiten können, als Zeitung, die ihre Probleme aufgreift. Dies gilt auch für Studenten. Ein Beispiel haben Mitglieder der Zürcher Basisgruppe Geschichte in der Jubiläumsnummer geliefert, zu der sie verschiedene Beiträge über die Geschichte der Arbeiterbewegung beigezeichnet haben.

Ein letztes: Seit Jahren verbreiten verschiedene Zeitungen regelmässig spekulative Kommentare über einen bevorstehenden Tod der AZ. In den letzten Wochen haben das z. B. die «National-Zeitung» und der «Tages-Anzeiger» getan. Ich habe für solche Angebrachter wäre kritische Solidarität mit einer Zeitung, die mit einer vielversprechenden journalistischen Konzeption eine wichtige Aufgabe zu erfüllen hat. Um nicht bei Worten zu bleiben, rückt «konzept» einen AZ-Abonnementstalon ein. Abonniert die AZ!

Jürg Frischknecht

Die Zeitung, die sagt, was los ist!



Täglich (von Montag bis Freitag) mit den brennenden lokal-regionalen Alltagsproblemen auf der ersten Seite.

Jeden Donnerstag (in der Zürcher AZ) mit einer neuen Schlieler-Zytig, von Schulklassen selbständig hergestellt.

Jeden Freitag mit der az-tribüne, der politisch-kulturellen Wochenendbeilage mit hausgemachtem Kreuzworträtsel.

Bestellschein

Schicken Sie mir bitte für 3 Wochen gratis die

AZ Freier Aargauer Basler AZ
 Ostschweizer AZ Schaffhauser AZ
 Solothurner AZ Thurgauer AZ
 Winterthurer AZ Zürcher AZ
 Zürcher Oberländer AZ

Zutreffendes bitte unterstreichen

Mein Name: _____

Meine Adresse: _____

PLZ Ort: _____

Senden Sie bitte diesen Bestellcoupon an: Administration AZ, Stauffacherstrasse 5, 8021 Zürich, Telefon (01) 39 33 00

Für den Verkauf unserer Getriebe suchen wir

Ingenieur-Techniker HTL

Sie werden sorgfältig in dieses Spezialgebiet eingeführt und bearbeiten weitgehend selbständig die technischen Probleme, die Kalkulation und den Verkauf.

Neuzeitliche Anstellungsbedingungen, Kantine, gleitende Arbeitszeit.

Unser Personalbüro Angestellte gibt Ihnen gerne weitere Auskunft.

01 420 420 Personalbüro
MAAG ZAHNRÄDER AG
 Hardstrasse 219, 8023 Zürich

Oberstufenschulgemeinde Bülach

Auf Beginn des Herbstsemesters dieses Schuljahrs (15. Oktober 1973) suchen wir

Sekundarlehrer (in)

sprachlich-historischer Richtung.

Die freiwillige Gemeindefulge entspricht den kantonalen Höchstansätzen und ist der Beamtenversicherungskasse abgeschlossen. Auswärtige Dienstjahre werden, auch bei den Treueprämien, angerechnet.

Eine aufgeschlossene Behörde stellt Ihnen alle modernen Unterrichtsmitel zur Verfügung, und eine kollegiale Lehrerschaft rundet das Bild ab, das Sie sich von idealen Schulverhältnissen machen.

Anmeldungen sind unter Beilage der üblichen Unterlagen zu richten an den Präsidenten der Oberstufenschulpflege, Herrn Ernst Meier-Breitenstein, Frohaldenstrasse 30, 8160 Bülach, Telefon (01) 96 14 56.

Gerne gibt Ihnen der Hausvorstand noch weitere Auskünfte: Herr Gustav Meili, Reallehrer, Kreuzhalde, 8192 Glattfelden, Telefon (01) 96 30 74.

Die Oberstufenschulpflege

Wir sind ein Planungs- und Beratungsinstitut und bearbeiten vielfältige Aufträge in der Schweiz, Oesterreich, Deutschland und Frankreich. Zu unseren Aufgabenbereichen gehören sozio-ökonomische Grundlagenuntersuchungen, Regional- und Ortsplanungen, Ortskern- und Quartierplanungen, Infrastrukturplanungen, Standortanalysen, Marketinganalysen und Investitions- und Finanzplanungen.

Spezialisten aus den Bereichen Städtebau, Ökonomie, Soziologie, Architektur, Geografie und Systemanalyse arbeiten in Form von Teams eng zusammen.

Wir suchen **Architekten-Planer**, um unsere Kapazität dem Anspruch und Umfang unserer Aufgaben entsprechend erweitern zu können.

Wir wünschen uns Mitarbeiter, die selbständig Probleme bewältigen können, aber auch Diskussionen und regen Erfahrungsaustausch schätzen.

Umgekehrt bieten wir Ihnen neben den üblichen Leistungen auch Möglichkeiten für Weiterbildung und eigene Forschung sowie zum Publizieren von Untersuchungsergebnissen.

Wenden Sie sich an Herrn Dr. Wiegand, Sperrstrasse 42, 4005 Basel, Telefon 061 25 89 60, **BURCKHARDT PLANCONSULT AG**

Aus USA ORIGINAL

Armee-Schlafsäcke
 Feldjacken und Hosen
 Reporterärmel
 Filiegerjacken
 Nylon-Gestellrucksäcke
 Lee Riders und Jacken
 Leder-Armeestiefel
 Lederbekleidung usw.

Buschjacken
 Marinejacken
 Safarihemden
 Seesäcke

BLUE JEANS:
 Wrangler
 Lee Cooper
 Levi Strauss

Versand ganze Schweiz

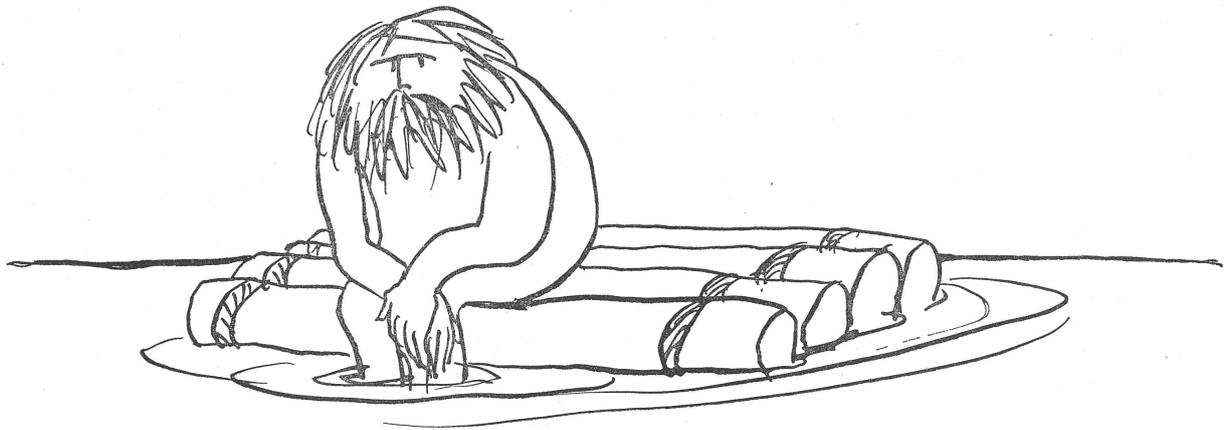
Grallsprospekt

Bäckerstrasse 22
 8004 Zürich
 Tel. (01) 23 90 67

temporäre Arbeit?
 wenden Sie sich an die
 Spezialisten für kaufmännische
 Stellen.

SKS Schweizerische Kaufmännische Stellenvermittlung,
 Löwenstrasse 17, 8023 Zürich, Tel. (01) 27 01 77

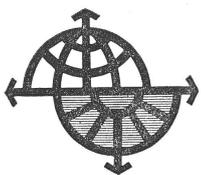
Reisen auf eigene Faust* !



Fast so «individuell» (doch bedeutend weniger einsam) **kannst Du es auch beim SSR haben:**

Destination	Dauer	Transportmittel	Preis	Destination	Dauer	Transportmittel	Preis
Paris	1 Woche (bis 26. 10. 73)	Zug/Zug	Fr. 320.–	Athen	2 Wochen (bis 22. 9. 73)	Flug/Flug	Fr. 470.–
Rom	1 Woche (bis 26. 10. 73)	Zug/Zug	Fr. 225.–	Amsterdam	1 Woche (bis 12. 10. 73)	Zug/Zug Flug/Flug	Fr. 305.– Fr. 360.–
Florenz	1 Woche (bis 26. 10. 73)	Zug/Zug	Fr. 210.–	Split	1 Woche (bis 17. 8. 73)	Flug/Flug	Fr. 310.–
London	1 Woche (bis 29. 10. 73) (bis 28. 8. 73)	Zug/Zug Flug/Flug	Fr. 365.– Fr. 335.–	Budapest	1 Woche (bis 17. 8. 73)	Zug/Zug	Fr. 255.–
Wien	1 Woche (bis 10. 12. 73)	Zug/Zug	Fr. 245.–	Madrid	1 Woche (1. 10. bis 15. 10)	Flug/Flug	Fr. 385.–
				Istanbul	1 Woche (bis 15. 10. 73)	Flug/Flug	Fr. 370.–/415.–

*«Auf eigene Faust» heisst beim SSR folgendes: Du buchst alleine oder mit Begleitung beim SSR Transport plus Unterkunft mit Frühstück und gestaltetest Deinen Aufenthalt ohne Reiseleitung, nach Deinen eigenen Wünschen, eben auf eigene Faust.



SSR

Schweizerischer Studentenreisedienst
Service Suisse du Tourisme pour Etudiants
Swiss Student Travel Office

Zürich
 Leonhardstrasse 10
 8001 Zürich
 (01) 47 30 00

Genève
 72, bd St-Georges
 1205 Genève
 (022) 43 23 60

St. Gallen
 Burggraben 25a
 9000 St. Gallen
 (071) 22 22 44

Basel
 Friedensgasse 14
 4000 Basel 12
 (061) 25 98 20

Lausanne
 8, rue de la Barre
 1005 Lausanne
 (021) 20 39 75

Neuchâtel
 Clos-Brochet 10
 Cité Universitaire
 2000 Neuchâtel
 (038) 24 48 08

Bern
 Hallerstrasse 4
 3012 Bern
 (031) 24 03 12

Lyon
 39, rue Chevreul
 F169 Lyon 7e
 (003378) 72 89 04